

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 49

Berlin, den 5. Dezember 1931

39. Jahrgang

Der Bogen ist überspannt!

Der Wirtschaftsbeirat war von der Reichsregierung als eine Kulisse gedacht, als eine Deckung für die Pläne zur Rettung der bedrohten Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft. Aber nun, da der Wirtschaftsbeirat seine Arbeiten beendet hat, zeigt es sich mit aller Deutlichkeit, daß die Regie schlecht geklappt hat, trotzdem die Autorität des Reichspräsidenten für die Aktion eingesetzt wurde.

Von der Absicht, einen Wirtschaftsbeirat einzuberufen, hat der Reichskanzler dem Reichstag am 13. Oktober Mitteilung gemacht. Die Aufgabe dieser Körperschaft wurde dahin umschrieben, daß sie der Reichsregierung zur Seite stehen soll, die mit ihr gemeinsam in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausarbeiten wird. Als die erste Voraussetzung für dieses Programm wurde die Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung bezeichnet.

Die Berufung des Wirtschaftsbeirats war eine Brückierung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der dadurch auf die Seite geschoben wurde. Wichtiger und bedeutungsvoller war die Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirats. Neben 19 Vertretern der Unternehmer der verschiedenen Wirtschaftszweige waren 6 Arbeitervertreter berufen worden. Damit war die Gewähr gegeben, daß nur die Stimme der Unternehmer in diesem Gremium ausschlaggebend zur Geltung kommen konnte.

Die Frage lag nahe, ob die Teilnahme von Arbeitervertretern an den Beratungen des Wirtschaftsbeirats überhaupt einen Zweck habe. Für die Annahme der Einladung war die Erwägung maßgebend, daß der Wirtschaftsbeirat unter keinen Umständen eine beschließende Körperschaft sein könne und daß die Gewerkschaften keine Gelegenheit unbenutzt lassen dürfen, um die Stimme der Arbeiterschaft zu Gehör zu bringen.

Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats, die am 29. Oktober feierlich vom Reichspräsidenten eröffnet und am 23. November in der gleichen Weise geschlossen wurden, waren geheim. Wenn damit der Zweck verfolgt wurde, eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Einmütigkeit vorzutäuschen, dann ist diese Absicht nicht erreicht worden. Der Austritt der Vertreter der Landwirte zeigte der Öffentlichkeit, daß auch die Unternehmer der verschiedenen Berufszweige sehr weit auseinandergehende Ansichten vertraten.

Wenn auch die Vertraulichkeit über die Einzelheiten der Beratungen im allgemeinen gewahrt wurde, so weiß man doch, daß die Vertreter der Gewerkschaften den Stand-

punkt der Arbeiterschaft sehr nachdrücklich gewahrt und in der Schlußsitzung am 22. November, nachdem Reichskanzler Brüning das angebliche Ergebnis der Beratungen zusammengefaßt und als Leitsätze verkündet hatte, ihre entgegengesetzte Auffassung deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Der Reichspräsident hat in seiner Schlußansprache von „beschlossenen Leitsätzen“ gesprochen, und der Reichskanzler hat seinen „Leitsätzen“ auch eine Fassung gegeben, die den Eindruck erweckt, als ob es sich um Beschlüsse des Wirtschaftsbeirats handle. Demgegenüber muß deutlich betont werden, daß keine Beschlüsse gefaßt wurden und in dem unparitätisch zusammengesetzten Gremium auch nicht gefaßt werden konnten.

Einen praktischen Wert hat die so feierlich aufgelegte Beratung des Wirtschaftsbeirats nicht gehabt. Es ist kein neuer Gedanke zutage gefördert worden. Die Regierung will eine intensive Senkung der Löhne und Gehälter, und sie will den Tarifvertrag und das Schlichtungswesen als ein Mittel für diesen Zweck verwenden. Der Zustimmung der maßgebenden Unternehmerorganisationen zu diesem Plan war sie im voraus sicher. Und wenn sie diesen Gedanken in der bevorstehenden Notverordnung in gesetzliche Form kleiden will, dann hätte sie der durchsichtigen Kulisse des Wirtschaftsbeirats nicht bedurft.

Senkung der Löhne und Niederhaltung der Arbeiterschaft mittels des Schlichtungswesens das ist der Angelpunkt der berühmten Leitsätze. Alles andere ist Beiwerk, und wo es sich um Versprechungen handelt, wie bei der Senkung der Preise und der Lebenshaltungskosten, sind es leere Worte.

Am deutlichsten zeigt sich das bei der angekündigten Absicht der Regierung, auf eine fühlbare Herabsetzung der Tarife bei den Straßenbahnen, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken. Die Städte, die sich im Besitz der Versorgungsbetriebe befinden, sind hauptsächlich infolge der riesig angewachsenen Wohlfahrtslasten in die schwerste Not geraten, sie werden sich schwerlich bereit finden, die Tarife zu senken und damit ihre ohnehin unerträglichen Finanzsorgen noch zu steigern.

Geradezu als Verhöhnung der Arbeiterschaft muß es empfunden werden, wenn gesagt wird, der Grundsatz des Tarifvertrags müsse erhalten werden. Eine gesetzliche Änderung des Schlichtungswesens sei nicht erforderlich, nur eine veränderte

Handhabung sei notwendig. Der Sinn des Schlichtungswesens ist es, durch behördliche Hilfeleistung die Schaffung von Tarifverträgen zu fördern, durch die veränderte Handhabung, die jetzt schon Platz gegriffen hat, beweist das Reichsarbeitsministerium, daß man ohne Änderung seines Wortlauts den Sinn eines Gesetzes in sein Gegenteil verkehren kann.

Verelendung der Arbeiterschaft durch stärkste Senkung der Löhne ist das Leitmotiv der Regierung. Wo die Arbeiter nicht stark genug sind, den Unternehmern den notwendigen Widerstand entgegen-

zusetzen, kann das Reichsarbeitsministerium Zurückhaltung üben. Wenn sich aber die Arbeiter zur Wehr setzen, dann werden sie durch die Bestimmungen über das Schlichtungswesen im Zaum gehalten, und wenn die gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, dann wird schnell mit Notverordnungen nachgeholfen. So versteht die Reichsregierung die Erhaltung des Grundgesetzes des Tarifvertrages.

Die Reichsregierung ist jetzt dabei, die „Leitsätze“ des Wirtschaftsbeirats in die Form einer Notverordnung zu gießen. Die Arbeiterschaft erhebt eindringlich ihre warnende Stimme. Die Nöte der breiten Volksmassen sind so groß, daß es wahrlich einer künstlichen Steigerung im Sinne der Leitsätze des Reichskanzlers nicht bedarf. Der Bogen ist bereits überspannt. Jedes Mehr muß ihn zum Brechen bringen.

Die Gewerkschaften warnen

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Tagung am 25. November nach eingehender Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage die folgende Entschliebung angenommen:

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschutzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft

immer tiefer in das Kriseneiland geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiteren notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht ist. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Bundesausschuß und Wirtschaftsbeirat

Die Tagung, die der Bundesausschuß des ADGB am 25. November abhielt, beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats und ihren Ergebnissen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch den von Graßmann erstatteten Bericht. In großen Zügen gab er ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerker und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandte, bekaante sich die Industrie, unter dem

ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Absinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß

sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von den Unternehmern nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Unternehmer Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhindern, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reallohn an. Da die Preissenkung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei, könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeiter von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preisspannen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Der Bericht von Graßmann wurde durch Eggerl ergänzt. Er wies darauf hin, daß man zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigen muß. 25 von den an der Weltwirtschaft beteiligten Ländern haben ihre Währung vom Gold gelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Umfang Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einsetzen. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zusicherung von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 Prozent. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelte es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde z. B. von schwerindustrieller Seite erklärt, daß die Preissenkung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen die Preissenkung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Kartellpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast belanglos. Es kommt darauf an, die überzetzten Handelsspannen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preissenkung vornehmen kann.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aus-

sprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Unternehmer nichts Neues gelehrt. Die Unternehmer wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Unternehmer zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Unkosten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegengesetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Landhabung der Verbindlicherklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnet, wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Änderung der Verträge bedingt.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zur Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und zur Zuspitzung der politischen Situation.

Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme der Entschliebung, die wir oben wiedergegeben haben.

In einer weiteren Entschliebung wandte sich der Bundesausschuß gegen die geplante Aufhebung des Nachtbackverbots in den Bäckereien.

In der dann folgenden Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen, wurde in einer Reihe von Reden zum Ausdruck gebracht, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheine, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerschütterte Vertrauen ihrer Gefolgschaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Der Bundesausschuß nahm hierauf einen Bericht über die Lage der Sozialversicherung in der Krise entgegen. Der Berichterstatter Welker führte dazu aus, daß über die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung noch keine volle Klarheit bestehe. Eine Änderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anschein nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragseinnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlass, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzusetzen. Die gegenwärtige Zeit erscheine diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibe. Die Not der Ärmsten des Volkes dürfe keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Zu diesem Gegenstand wurde vom Bundesausschuß einstimmig die folgende Entschliebung angenommen:

„Der Bundesausschuß weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeausfälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der Lex Brüning zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse in zur Zeit unverwertbaren Schatzanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wolle man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnutzen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.“

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche, wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getriebene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

Unternehmertarnung

In Dresden-N. 1. Bürgerwiese 24, befindet sich die Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse. Im gleichen Hause befindet sich auch der Verlag des Verbandes sächsischer Industrieller, dessen Vorsitzender der auch dem Wirtschaftsbeirat angehörende Direktor Wittke ist. Dieser Direktor Wittke ist berüchtigt durch seine aufsehenerregenden Ausführungen auf einer Unternehmertagung am 25. Juni 1931, in denen er es als einen Fluch bezeichnete, Unternehmer zu sein, und besonders hervorhob, daß Mißtrauen heute die erste Bürgerpflicht ist.

Diese Gesellschaft mit dem äußerlich so neutral und menschenfreundlich anmutenden Namen verfolgt den Zweck, die breiten Massen über die gewerkschaftliche und sozialistische Agitation aufzuklären. Millionen von Flugblättern und Flugschriften verbreitet diese Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse. Eine der letzten Flugschriften ist die Veröffentlichung eines Preisausschreibens über die Frage: Inwieweit tragen Tarifvertrag und Schlichtungswesen die Schuld an der Arbeitslosigkeit? Was von diesem Preisausschreiben zu halten ist, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Auf der ersten Seite dieses Heftchens wird die Antwort eines „einfachen Schlossers“ aus Lübeck hervorgehoben, der geantwortet hat:

„Wenn wir die Fesseln der Tarifverträge und des Schlichtungswesens abstreifen, dann wird das grosse Wunder von selbst eintreten, daß die Arbeitslosigkeit aufhört...“

Die Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse alias Verband sächsischer Industrieller ist sich aber ihrer Sache doch anscheinend nicht sehr sicher. Sie verbreitet einen Handzettel mit nachstehendem Text:

„Um bei den Lesern unserer Flugblätter auch nicht den Schein einer Abhängigkeit von irgendeiner Arbeitgeberorganisation aufkommen zu lassen, haben wir uns entschlossen, unsere Flugschriften in Zukunft mit der Absenderangabe: Verein für soziale Aufklärung, Dresden-A., Postfach, zu versehen. Diese Maßnahme berührt jedoch nicht unser Verhältnis zu den Freunden und Förderern unserer Bestrebung.“

Der letzte Satz ist sicher ehrlich gemeint. Wir können ihn durchaus verstehen. Warum überhaupt soviel Bemühungen zur Verschleierung der Anschrift und damit der geistigen Herkunft. Die illegitime Ehe mit dem Verband sächsischer Industrieller, dessen Verlag auch auf der Bürgerwiese 24 seßhaft ist, kann doch nicht mehr verheimlicht werden. Daß man an Stelle der genauen Anschrift jetzt nur noch das Postfach angibt, ist doch ein neues, plummes Glied in der Kette der volkswirtschaftlichen Aufklärung, die wohl nicht mit Unrecht von verschiedenen als „volkswirtschaftliche Verdummungspolitik“ bezeichnet wird. h.

Nazis und Arbeitslose

Die Hitler-Partei nennt sich offiziell Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, aber Arbeiter haben in ihr nichts zu melden. Mit welcher Verachtung die Bonzen der Nazipartei auf die Arbeiter herabblicken, zeigt u. a. der Ausspruch des Naziprofessors Behn, der im „Völkischen Beobachter“ vom 3. April 1931 unter anderem ausführte: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden.“ In der Sitzung des Braunschweiger Landtags am 10. November hielt ein sozialdemokratischer Redner den Nationalsozialisten diese Worte des Naziprofessors vor. Prompt erwiderte der Führer der Nazifraktion, Bertram: „Das stimmt doch wohl auch.“

Die Auffassung, dass die Arbeitslosenunterstützung arbeitsscheu mache, ist somit Parteigrundsatz der Nazis. Er stützt sich vermutlich auf die Beobachtung, dass in der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee arbeitsscheues Gesindel eine grosse Rolle spielt. Ehrliebende Arbeiter meiden eine solche Gesellschaft und wahren den Abstand von einer Partei, die für die Not der Arbeitslosen nur Spott und Hohn hat.

Krise ohne Sturmvogel

In seinem „Kapital“ schrieb Karl Marx vor 60 Jahren den Satz: „daß die Krisen jedesmal vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse tatsächlich größeren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält“, so daß, wenn auch nur vorübergehend, eine bessere Lage für die Arbeiter eintritt, jedoch „immer nur als Sturmvogel einer Krise“.

Diese Behauptung von Karl Marx widerspricht offenbar durchaus der allgemeinen Meinung. Sie ist aber richtig. Wie das zugeht, hat insbesondere Rudolf Hilferding in seinem „Finanzkapital“ klar auseinandergesetzt. In guter Geschäftszeit wird die Produktion immer mehr vergrößert. Vermittels der großen Profite werden immer neue Fabriken angelegt und alte erweitert. Das gibt starke Nachfrage nach Materialien und Arbeitskräften, deshalb steigende Preise und Löhne. Aber gerade die steigenden Löhne verkleinern den Profit; zuletzt reicht er zur Vergrößerung der Produktion (die stets in einem entsprechenden Verhältnis zum schon vorhandenen Kapital erfolgen muß) nicht mehr aus. Dann hört die Vermehrung der Produktion (die Akkumulation) auf, Preise und Löhne stürzen, die Krise bricht aus.

Diese für den Marxismus wichtige Lehre, daß es immer das Wachsen oder Schrumpfen des Profits ist, was den Gang der Geschäfte im Kapitalismus bestimmt, daß also Steigen wie Sinken der Nachfrage vornehmlich von der Produktion her kommt und nicht vom Konsum — diese Lehre zeigt uns sofort, daß es mit der gegenwärtigen Krise etwas Besonderes auf sich hat, das sie von allen früheren Krisen wesentlich unterscheidet.

Eine so entstandene Krise hört nämlich mit der Zeit sozusagen „von selbst“ wieder auf. Infolge der sinkenden Nachfrage nach Materialien und Arbeitskräften sinken Preise und Löhne, die Profite steigen, es wird wieder reichlicher „Kapital gebildet“, bis so viel beisammen ist, daß es wieder zu Neuanlagen, zu Produktionsvergrößerungen dienen kann. Dann beginnt der Anstieg des Geschäftslebens.

Aber diesmal ist eine solche allgemeine Steigerung der Arbeitslöhne gar nicht der Krise vorausgegangen. Das ist zwar durch den Schleier unserer ungenügenden Statistik ziemlich schwer zu erkennen. Aber jeder Arbeiter hat es am eigenen Leibe gespürt, und sorgsame Rechnung deckt es auch auf. Es handelt sich dabei natürlich nicht nur um die Tariflöhne und auch nicht allein um die ausgezahlten Geldlöhne, sondern um den „wirklichen Anteil der Arbeiterklasse an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts“. Da muß man alles zusammenzählen, was sie an Löhnen, Zuschlägen, Familienzulagen usw. bekommen haben, und alles abziehen, was ihnen durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Steuern, Sozialbeiträge verlorenging.

Das hat J. Kuczynski, der bekannte Statistiker getan, und er gelangte zu dem Ergebnis, daß unmittelbar vor der Krise, 1928 bis 1929, der durchschnittliche Anteil des deutschen Arbeiters kleiner geworden ist; von 42,70 auf 42,20 Mk. die Woche. Rechnet man das, mit Hilfe des amtlichen Lebenshaltungsindex, auf die reale Kaufkraft um, so ist der Rückgang größer, von 28,15 auf 27,42 Mk. Dabei ist zu bedenken, daß erstens der amtliche Index falsch ist; die Abnahme ist in Wahrheit größer, als sie hier erscheint. Zweitens aber genügt es, daß keine Steigerung des Anteils der Arbeiterklasse stattgefunden hat. Dann kann in jener Zeit, da die gegenwärtige Krise sich vorbereitete, keine Schmälerung der Profite eingetreten sein, dann kann, mit einem Wort, die gegenwärtige Krise nicht auf dieselbe Weise entstanden sein wie alle früheren Krisen.

Das hat ungemein viel zu bedeuten. Denn es ergibt sich daraus, daß diese Krise nicht „von selbst“ verschwinden kann. Lohnabbau kann nichts helfen, weil ja die Krise nicht bei steigenden, sondern bei sinkenden Löhnen ausgebrochen ist. In der Tat zeigt eine vom Statistischen Reichsamt eigens vorgenommene Untersuchung (Berliner Institut für Konjunkturforschung, Sonderheft 22), daß in den Jahren

1924 bis 1928 in Deutschland viel neues Kapital gebildet worden ist — an 55 Milliarden Mark Kapitalneubildung in den fünf Jahren hat die Statistik ermittelt, und das war bei weitem nicht alles —, und für das Jahr 1929, ja sogar noch bis 1930 hinein, läßt sich ebenfalls starke Kapitalbildung nachweisen.

Damit gewinnt die Sache ein ganz anderes Gesicht. Nicht wie alle früheren Krisen, weil es an Kapital zur Erweiterung der Produktion mangelte, ist diese Krise ausgebrochen, sondern im Gegenteil: sie ist ausgebrochen, trotzdem Kapital reichlich vorhanden war!

Und dies ist das Auffallende, das — man kann geradezu sagen — Wunderbare, das erklärt werden muß, wenn man die Krise verstehen und den Ausweg finden will. Denn die Produktion ist tatsächlich eingeschränkt worden, mit der Zeit in unheimlichem Maße. Heute wird über ein Drittel weniger produziert als 1929. Bis auf den Stand vor 30 Jahren ist die Produktion zusammengeschrumpft, und das nicht nur in Deutschland, sondern in allen grosskapitalistischen Ländern. Wie ist das möglich, wenn doch mindestens bis Ende 1930 reichlich Profit gemacht und reichlich Kapital angesammelt worden ist?

Diese Frage wollen wir in einem zweiten Aufsatz näher untersuchen. J. B.

Auf dem Wege zu einem allgemeinen Handelskrieg

Am 20. November hat die neue englische Regierung ein Notgesetz erlassen, das den Handelsminister ermächtigt, für bestimmte in England eingeführte Waren einen 50prozentigen Wertzoll einzuführen. Von dieser Ermächtigung hat er sofort Gebrauch gemacht: ab 25. November unterliegen die Erzeugnisse von 23 großen Branchengruppen einem Einfuhrzoll von 50 Prozent des Wertes. Eine Ware, die z. B. 10 Mk. kostet, verteuert sich durch den Zoll also um 5 Mk., sie kostet nun 15 Mk. Diese Preiserhöhung macht diese ausländische Ware so gut wie unverkäuflich, was auch der Zweck des hohen Zolles ist. Die weitere Folge davon ist, daß solche Waren nicht mehr nach England eingeführt werden können, eben weil sie einen Käufer nicht mehr finden. Auf diese Weise wird die Einfuhr verhindert, zum Schutze der heimischen Industrie. Der Engländer muß, wenn er einen solcherart zollgeschützten Gegenstand haben will, ein englisches Fabrikat kaufen, das billiger ist als z. B. das aus Deutschland stammende. So wird die heimische Industrie auf Kosten der ausländischen gefördert. In welchem Maße dies geschehen kann, haben wir in der Klavierindustrie erlebt. Auf Musikinstrumente (wie auch auf eine Reihe anderer Waren) erhebt England seit Jahren einen Wertzoll von 33 1/2 Prozent. Das hat dazu geführt, daß die deutsche Klavierindustrie, die vorher den englischen Markt beherrschte, im Vorjahre nach England noch 1300 Klaviere ausführte, gegen 21 000 im Jahre 1913 und 15 000 im Jahre 1925. Die englische Klavierindustrie aber hat sich seitdem beträchtlich aufwärts entwickelt.

Die Wirkung der neuen englischen Zölle auf die Ausfuhr der betreffenden deutschen Industrien läßt sich heute zahlenmäßig noch nicht übersehen. Betroffen werden in der Hauptsache die Textilindustrie, die keramische Industrie und die Metallwarenindustrie. Da England für die Erzeugnisse dieser Industrien bisher das bedeutendste ausländische Absatzgebiet war, ist mit einem katastrophalen Ausfuhrückgang zu rechnen. Die Folge davon ist eine weitere Verschlechterung des deutschen Arbeitsmarktes. Dabei ist zu befürchten, daß die Engländer auch noch für andere Waren einen gleich hohen Zoll einführen werden. Denn nach dem großen Wahlsieg des Bürgertums über die Arbeiterpartei schreit die große Öffentlichkeit geradezu nach einem lückenlosen Schutzzoll. Diese Stimmung hat ihren Hauptnährboden in der erschreckend hohen Passivität der englischen Handelsbilanz. Während die Ausfuhr ständig zurückgegangen ist, stieg die Einfuhr unaufhörlich. Daran hat auch die kleine Inflation nichts geändert, die mit der Abkehr von der Goldwährung durchgeführt wurde.

Das Vorgehen der englischen Regierung hat in der ganzen Welt grosse Bestürzung hervorgerufen. Diese Zoll-erhöhung ist nicht nur ein harter Schlag gegen Deutschland, auch andere Länder haben darunter zu leiden. In Amerika, Frankreich, Holland und in den skandinavischen Staaten erwägt man Gegenmaßnahmen, das heißt die Einführung neuer Zölle oder die Erhöhung der bestehenden Zölle für solche Waren, die hauptsächlich aus England kommen. Den Erwägungen werden sicherlich bald die Taten folgen, so daß wir am Vorabend eines allgemeinen Handelskrieges stehen. Und das zu einer Zeit, wo die Völker mehr denn je aufeinander angewiesen sind. Anstatt daß wir aus der Weltwirtschaftskrise bald herauskommen, führt uns eine solche Handelspolitik immer tiefer hinein. Wann machen die Arbeiter aller Länder diesem Wahnsinn endlich ein Ende?

Probieren geht über Studieren

Aus einer rheinischen Stadt wird folgendes berichtet: Beim Oberbürgermeister gingen ständig Klagen ein über das Verhalten der Wohlfahrtsbeamten gegenüber den Unterstützungsempfängern. Um sich persönlich davon zu überzeugen, ob die Klagen berechtigt sind oder nicht, zog der Oberbürgermeister eines Tages einen Anzug, der seit Jahren in der Bodenkammer geblieben hatte, an und mischte sich unter die Schlangen bildenden Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Als er beinahe den Schalter erreicht hatte, von dem aus die Auszahlung der Gelder erfolgte, wurde ihm das Fenster vor der Nase zugeschlagen und erklärt, dass die Beamten nunmehr in eine Frühstückspause einträten. Die Wohlfahrtsempfänger mussten über eine halbe Stunde warten, bis die Beamten sich geneigt zeigten, die Auszahlungen vorzunehmen. Nun kam auch der von den Beamten nicht erkannte Oberbürgermeister an den wiedergeöffneten Schalter. Auf die herrische Frage, wie er heisse, nannte er seinen Namen und seinen

Stand. Darob herrschte natürlich grosses Entsetzen bei den Beamten.

Der Oberbürgermeister fand also bestätigt, was er von den Unterstützungsempfängern über die Beamten gehört hatte. Diese wurden alsbald von ihren Posten entfernt, heute sitzen dort Männer, die für die Not der Ärmsten der Armen mehr menschliches Verständnis haben.

Das Vorgehen dieses rheinischen Oberbürgermeisters verdient volle Anerkennung, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Oberhäupter anderer Städte einen ähnlichen Versuch machen würden, eingedenk des Sprichwortes: Probieren geht über Studieren.

Die Richtigkeit dieser alten Weisheit kann auch noch in vielen anderen Fällen ausprobiert werden. So hört man oft von wohlgenährten Leuten die Behauptung aufstellen, die Wohlfahrtsunterstützung sei zu hoch, ihre Empfänger könnten ein sorgenloses Leben führen. Wie wäre es, wenn die Herrschaften, die so sprechen, einmal versuchen würden, nur vier Wochen von der Wohlfahrtsunterstützung zu leben? Oder unsertwegen auch von der Arbeitslosenunterstützung, da diese etwas höher ist als die der Wohlfahrtspflege. Wir sind sicher, dass sie dann ebenso bekehrt wären wie jener rheinische Oberbürgermeister.

Aber schliesslich brauchen wir den Damen und den Herren des satten Bürgertums nicht gerade das Allerschlimmste, was es für einen körperlich und geistig gesunden Menschen gibt, zuzumuten: nämlich den Bezug von Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung. Sie würden die Nase schon voll haben, wenn sie gezwungen wären, von den „hohen“ Arbeitslöhnen zu leben. Wenn Frau X oder Herr Y es bestreiten sollten, dann bitte: Probieren geht über Studieren.

Die Gesetzesflut

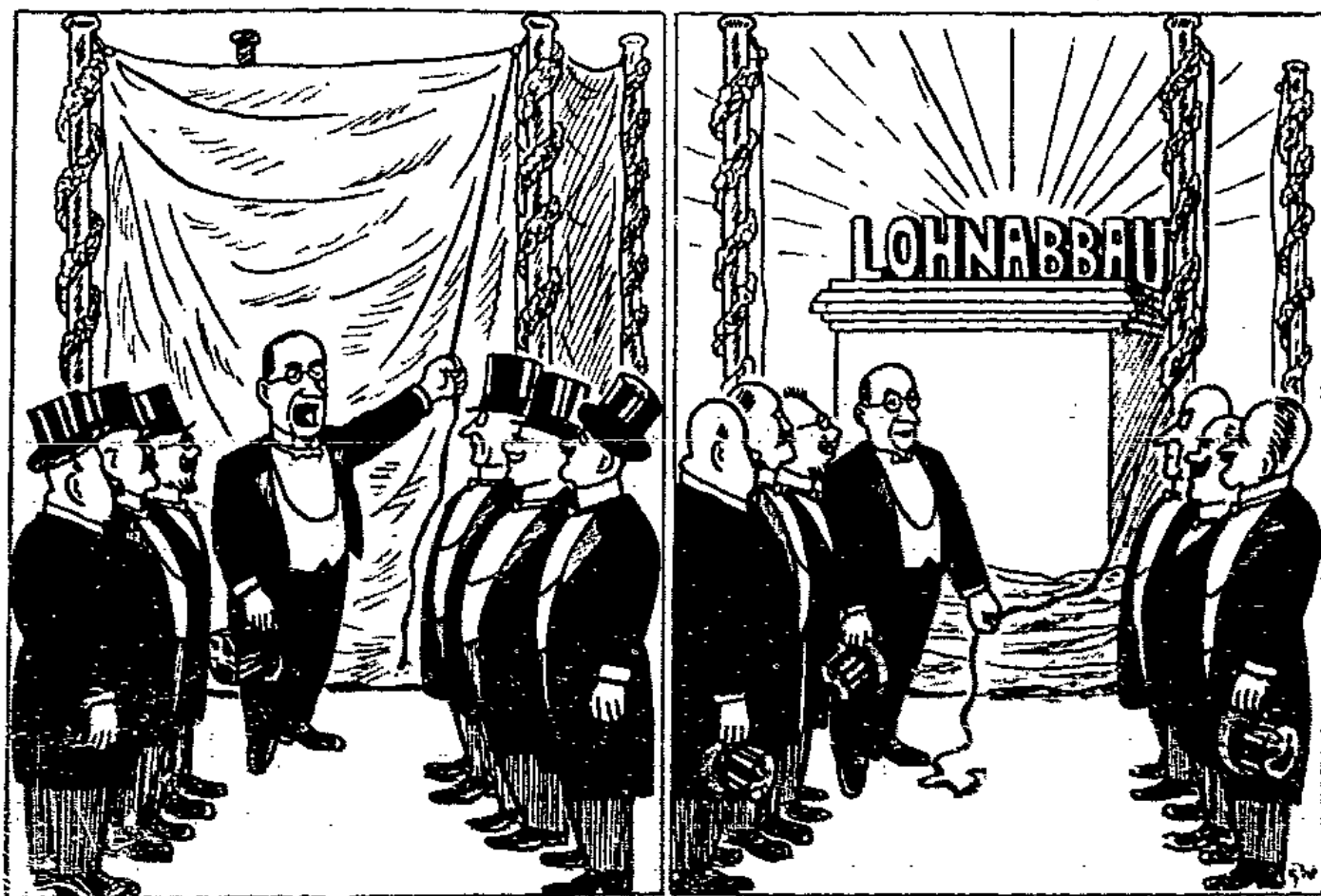
Das deutsche Volk hat in den Nachkriegsjahren eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen über sich ergehen lassen müssen. Augenblicklich gibt es rund 8000 gültige Reichsgesetze. In den folgenden Ländern sind in der Nachkriegszeit an Gesetzen und Verordnungen erlassen worden: in Braunschweig 1700, Oldenburg 1777, Lippe 1189, Schaumburg-Lippe 1019, Bremen 3277, Hamburg 4942, Preußen 3250. Wenn man dazu die Gesetze der süddeutschen Länder nimmt, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 30 000 gültigen Gesetzen, Bekanntmachungen und Verordnungen. Viele davon sind uralt, einige reichlich 100 und mehr Jahre. Diese, aber auch viele neuere und neueste sind wert, aufgehoben zu werden. Sie sind weder zeitgemäß noch entspricht ihr Inhalt den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit.

Generaldirektor Schweissgut

In Halle an der Saale wohnt ein Generaldirektor namens Schweissgut. Das ist für einen Generaldirektor ein sehr bezeichnender Name. Er lässt sich etwa wie folgt erklären: Vom Schweiss der Arbeiter lässt sich gut leben. Herr Schweissgut kennt das aus eigener Erfahrung, aber er will künftig noch besser leben als in der Vergangenheit. Das ist seiner Überzeugung nach nur möglich, wenn die Arbeiter noch schlechter leben, wenn ihr Schweiss für die Unternehmer noch goldener wird als seither schon. Und so fordert Herr Schweissgut einen kräftigen Lohnabbau. Anscheinend von einer langen und schönen Italienreise frisch und munter zurückgekehrt, hat er sich hingesetzt und einen Aufsatz für die „Berliner Börsen-Zeitung“ geschrieben. „Wie kommt unsere Wirtschaft wieder in Gang?“ ist das Thema. Und der Inhalt: Ein heisser Schrei nach Lohnabbau. „Es ist ein Unding, wenn man einerseits die Preise heruntersetzt, dabei aber die Löhne unangetastet lassen will.“ Das schreibt Herr Schweissgut angesichts der Tatsache, dass die Löhne heute bereits viel, viel stärker abgebaut sind als die Preise. Selbst das Institut für Konjunkturforschung hat das wiederholt feststellen müssen.

Der Herr Generaldirektor Schweissgut weiss auch, warum die Löhne nicht in der gewünschten Weise heruntersetzt werden — „nur weil die Herren Gewerkschaftsbönnen es nicht wollen“. Das ist richtig, sehr richtig, und so wird es auch bleiben, trotz des Generaldirektors Schweissgut.

Der Wirtschaftsbeirat



Das herrliche Werk Ihrer stillen Arbeit, nun wird es der staunenden Welt offenbar.



Aus dem Verbandsleben



Fritz Tarnow als Jubilar

Im Herbst 1906 wurde von unserem Verband eine Erhebung über Löhne und Arbeitszeit in der Holzindustrie veranstaltet. Für die mechanische Aufarbeitung des eingegangenen Materials stellte der Verbandsvorstand, der damals noch seinen Sitz in Stuttgart hatte, eine Anzahl Hilfskräfte ein. Zu ihnen gehörte auch Fritz Tarnow. Er war einzelnen Vorstandsmitgliedern bei gelegentlichem Besuch in Berlin aufgefallen, und da er damals arbeitslos war, ließ man ihn nach Stuttgart kommen. Auf diese Weise ist Fritz Tarnow am 6. Dezember 1906 in den Verbandsdienst getreten. Die übrigen Aushilfskräfte wurden beim Fort-

Referat über „Neue Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit“ übertragen. Die Art, wie er dieses Thema behandelte, erregte allgemeines Aufsehen. Als kurze Zeit danach Leiptart von der Leitung des Verbandes zurücktrat, wurde Tarnow in den Verbandsvorstand berufen. Der neue Vorsitzende, Adam Neumann, starb schon ein halbes Jahr später, und bei der Neuwahl des Verbandsvorsitzenden bestand nirgends ein Zweifel, daß Tarnow der geeignetste Mann für diesen Posten war.

Seit dieser Zeit steht Tarnow im Vordergrund des öffentlichen Geschehens. Er ist nicht nur Vorsitzender des Deutschen Holz-



arbeiter - Verbandes und Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB. Seit der Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist er dessen Mitglied. Das hohe Maß volkswirtschaftlicher Kenntnisse, das er sich durch fleißiges Selbststudium angeeignet hat, bewirkt, daß er auch von den gelehrten Volkswirtschaftlern als ebenbürtig anerkannt wird. Seit dem Jahre 1928 gehört Tarnow dem Reichstag an und ist in dessen Volkswirtschaftlichen Ausschuß tätig. Daß Tarnow

Tarnow ist am 13. April 1880 in Rehme bei Oeynhausen geboren und in Hannover aufgewachsen. Er hat dort als Tischler gelernt und ist später auf die Wanderschaft gegangen. Das Interesse an der Organisation hat er von seinem Vater geerbt, der sich unter den Holzarbeitern in Hannover einen geachteten Namen erworben hatte. In Stuttgart wurde Tarnow schnell heimisch. Seiner regen Betätigung in der Sozialdemokratischen Partei hatte er es zu danken, daß er im Jahre 1908 von der Stuttgarter Parteiorganisation zu dem halbjährigen Kursus in die Parteischule entsandt wurde. Diesem Kursus verdankte er viele Anregungen. Die Betätigung als Wanderlehrer, die ihm dann vom Parteivorstand angetragen wurde, sagte ihm nicht zu, er kam wieder in unser Verbandsbüro zurück und wirkte hier weiter als „das literarische Büro“ des Verbandes. ohne mit seinem Namen nach außen hervorzutreten.

Tarnow hat am Weltkrieg teilgenommen und als dauernde Erinnerung eine Versteifung des rechten Armes davongetragen; die Folge eines Granatsplitters. Auf dem Verbandstage in Berlin 1919 war ihm das

auch verschiedenen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Vereinen als geschätztes Mitglied angehört, sei nur nebenbei erwähnt. Als Beweis für das Ansehen, dessen er sich erfreut, kann auch seine Berufung in den Deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß gelten.

Bei dem großen Betätigungsfeld, das Tarnow im öffentlichen Leben gefunden hat, ist er doch in erster Linie der Leiter unseres Holzarbeiter-Verbandes und zugleich der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter. Nicht nur die deutschen Holzarbeiter, auch die Kollegen im Ausland schätzen Tarnow als bewährten Führer.

Nun kann Fritz Tarnow auf eine 25jährige Tätigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband zurückblicken, etwa die Hälfte dieser Zeit steht er an leitender Stelle. Wir beglückwünschen unseren Verbandsvorsitzenden zu seinem Jubiläum. Wir geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß seine bewährte Kraft noch recht lange unserem Verband und den Gewerkschaften und darüber hinaus der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung erhalten bleibe.

Ein Beitrag zur Lehrlingsfrage

Eine Erhebung, die der Brandenburger Gauvorstand unseres Verbandes über den Umfang der Lehrlingshaltung veranstaltet hat, brachte eine Bestätigung der auch sonst bekannten Tatsache, daß die Zahl der Lehrlinge in keinem Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gesellen steht und daß es berechtigt ist, von einer unverantwortlichen Lehrlingszüchterei zu sprechen.

Die Erhebung erstreckte sich auf 48 Verwaltungen des Gaues, wobei Berlin außer Betracht blieb. Hierbei wurden 575 Betriebe erfaßt, darunter 533 Tischlereien. Die übrigen Betriebe verteilen sich auf Stellmachereien, Korbmachereien, Bürstenmachereien usw. In allen erfaßten Betrieben wurden 1419 Gesellen und Facharbeiter und 1317 Lehrlinge beschäftigt. Dazu kommt aber noch eine grössere Zahl jugendlicher Arbeiter, die nicht im Lehrverhältnis stehen und hier nicht weiter berücksichtigt sind.

Mehr als die Hälfte der Lehrlinge stehen in Betrieben mit einem oder keinem Ge-

sellens. In 209 Betrieben wird kein Geselle beschäftigt, aber 410 Lehrlinge. In dieser Gruppe wurden gezählt: 75 Betriebe mit je 1, 90 Betriebe mit je 2, 28 Betriebe mit je 3 Lehrlingen. 10 Betriebe hatten je 4, 5 Betriebe je 5 und 1 Betrieb hielt sogar 6 Lehrlinge ohne einen einzigen Gesellen.

In der Gruppe der Betriebe mit je einem Gesellen haben wir 56 mit je 2, 29 mit je 3, 9 mit je 4, 4 mit je 5 Lehrlingen. In 2 Betrieben standen neben einem Gesellen je 6 und in einem sogar 7 Lehrlinge. Aber auch in den anderen Betrieben überwiegt die Zahl der Lehrlinge die der Gesellen zum Teil sehr erheblich. Da gibt es Betriebe mit 2 Gesellen und 3, 4, 5, 6 Lehrlingen. Ein Betrieb bringt es bei 2 Gesellen auf 9 Lehrlinge. In den Betrieben mit 3 Gesellen steigt die Lehrlingszahl bis zu 6. Die gleiche Zahl von Lehrlingen finden wir auch in Betrieben mit 4 und 5 Gesellen. 1 Betrieb mit 6 Gesellen hat 9, 1 mit 8 Gesellen sogar 11 Lehrlinge.

Man kann sagen, je kleiner der Betrieb, desto größer ist verhältnismäßig die Zahl der Lehrlinge. In den Betrieben, die bis zu 5 Gesellen beschäftigen, gibt es neben 467 Gesellen 1057 Lehrlinge. Von den erfaßten Tischlereibetrieben haben 24 keine Lehrlinge. In den übrigen 509 Betrieben stehen neben 554 Gesellen 1110 Lehrlinge. Die Zahl der Lehrlinge ist also doppelt so gross wie die der Gesellen.

Bei der Bewertung dieser Zahlen wird man berücksichtigen müssen, daß der schlechte Geschäftsgang manchen Unternehmer gezwungen hat, die Zahl der beschäftigten Gesellen zu verringern, während die Entlassung der Lehrlinge nicht möglich ist. Aber auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist die Zahl der Lehrlinge viel zu groß.

Das Lehrlingsproblem enthält viele Schwierigkeiten, die nicht leicht zu lösen sind. Es gibt viele Eltern und Erzieher, die mit Recht Wert darauf legen, daß der schulentlassene Junge eine ordentliche Handwerkslehre absolviert. Oft hält es recht schwer, eine geeignete Lehrstelle ausfindig zu machen. Mancher Meister scheut die Verantwortung, die er in dieser Zeit mit der Einstellung eines Lehrlings auf sich nimmt. Und das sind meist die besten Lehrmeister. Viel größer ist die Zahl der Meister, die sich über die Zukunft ihres Lehrlings keine Gedanken machen. Für sie ist der Lehrling nur die billige Arbeitskraft. Wenn der Junge die einfachsten Handgriffe erlernt hat, wird er mit Arbeiten beschäftigt, die dem Unternehmer Gewinn bringen, wenn nicht ein gut Teil der Lehrzeit mit ausserberuflicher Beschäftigung verbracht wird. Es ist kaum zu erwarten, daß in einer Werkstatt, in der kein oder ein Geselle steht, aber 5, 6 oder 7 Lehrlinge beschäftigt werden, ein berufstüchtiger Arbeiter herangebildet wird.

Was soll aus den Lehrlingen in den Betrieben werden, in denen die Gesellen wegen Arbeitsmangels entlassen wurden? Es wird wohl nur in den seltensten Fällen vorkommen, daß der Meister diese Zeit, in der keine oder ungenügende Aufträge vorliegen, ausnutzt, um den Lehrling in den verschiedenartigsten Techniken des Berufs zu unterrichten. Den jungen Leuten, die jetzt Lehrlinge sind, winkt eine wenig erfreuliche Zukunft. Nach Beendigung der Lehrzeit werden sie entlassen, und dann wartet ihrer eine Zeit der Arbeitslosigkeit, in der sie vieles von dem, was sie gelernt haben, wieder vergessen.

Man kann es angesichts dieser Zustände wohl verstehen, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob es noch einen Sinn hat, in so weitem Umfang Lehrlinge auszubilden, zumal der Bedarf an Arbeitskräften, die den Beruf in seinem ganzen Umfang ausüben können, immer kleiner wird. Die Entwicklung geht offensichtlich dahin, auch den Tischler zum Teilarbeiter zu machen, der in der Fabrik bei der Serienherstellung von Tischlerarbeiten nur ein Glied in der Kette ist, welche das Material durchläuft.

Das ist ein Problem für sich, auf das hier nicht weiter eingegangen werden soll. Wohl aber zeigt das Ergebnis der eingangs erwähnten Erhebung, daß, auch ganz abgesehen von all den angedeuteten Erschwernissen für das spätere Fortkommen der Lehrlinge, doch viel mehr Wert darauf gelegt werden muß, die Lehrlingsausbildung zu verbessern. Das erste Erfordernis dafür ist eine Beschränkung der Lehrlingszahl. Die Möglichkeit, eine Höchstzahl von Lehrlingen festzusetzen, die in einem Betrieb gehalten werden darf, besteht jetzt schon. Es muß mit Nachdruck dafür gewirkt werden, daß die zuständigen Stellen von ihrer Befugnis auch ausreichenden Gebrauch machen.

Zusammenlegung von Verwaltungsstellen

Mit dem 1. Januar 1932 werden nach einem Beschluss des Verbandsvorstandes die Gaue Dresden und Leipzig vereinigt. Im Zusammenhang damit steht die Zusammenlegung verschiedener Verwaltungsstellen im Freistaat Sachsen. Für einen Teil dieser Verwaltungsstellen wurde die Verschmelzung bereits zum 1. Oktober vollzogen. Es haben sich angeschlossen:

die Verwaltungsstellen Adorf, Auerbach, Falkenstein, Oelsnitz und Treuen an die Verwaltungsstelle Klingenthal;

die Verwaltungsstelle Elsterberg an die Verwaltungsstelle Plauen;

die Verwaltungsstellen Schmiedeberg und Dübau an die Verwaltungsstelle Eilenburg;

die Verwaltungsstellen Aue, Crimmitschau, Glauchau, Lichtenstein-Callenberg, Meerane, Netzschkau, Reichenbach und Waldenburg an die Verwaltungsstelle Zwickau;

die Verwaltungsstellen Geyer, Jöhstadt, Oberwiesenthal und Waltherdorf an die Verwaltungsstelle Annaberg;

die Verwaltungsstelle Schleiz an die Verwaltungsstelle Zeulenroda.

Holzgewerbe im Bezirk Bremen

Die am 13. Oktober geführten Lohnverhandlungen sind, wie wir berichtet haben, vom Schlichter mit der Begründung vertagt worden, dass ihm in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Fällung eines Schiedsspruches unangebracht erscheine. Am 14. November fanden dann Verhandlungen vor der Schlichterkammer statt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, durch welchen der Vertragslohn an der Spitze um weitere 6 Pf. gesenkt wird. Er soll sonach in den fünf Ortsklassen 104, 99, 94, 88 und 83 Pf. betragen. Diese Regelung soll erstmalig zum 31. Januar 1932 kündbar sein. Vor Ablauf der Erklärungsfrist haben der Arbeitgeberverband und die Tischlerinnung dem Schlichter eine gemeinsame Erklärung überreicht, in welcher sie sich mit der Lohnfestsetzung einverstanden erklären, sie lehnen aber die Befristung des Schiedsspruches bis zum 31. Januar 1932 ab. Mit einer Befristung bis 31. Dezember 1931 würden sie den Spruch annehmen.

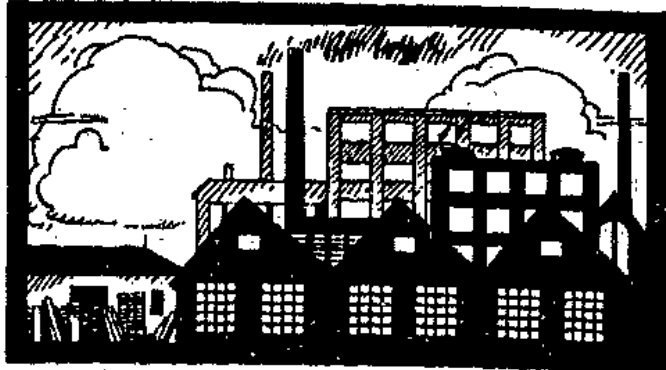
Provinz Brandenburg

Der Antrag auf Verbindlicherklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Frankfurt a. d. Oder führte am 17. November zu Verhandlungen vor dem Schlichter. Die Unternehmern widersprachen der Verbindlicherklärung des Schiedsspruches und stellten in zweiter Linie den Antrag auf Vertagung unter Hinweis auf die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat, von denen sie erwarten, daß sie der Regierung eine klare Linie für den Lohnabbau geben werden. Der Schlichter erklärte den Schiedsspruch für verbindlich, weil die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Somit beträgt mit Wirkung bis zum 31. Januar 1932 der Vertragslohn in den sechs Ortsklassen 105, 100, 94, 89, 83 und 79 Pf.

Säger in Sachsen

Das vertragliche Lohnamt für die sächsische Sägewerksindustrie hat unter dem Vorsitz eines Unparteiischen am 29. Oktober einen Schiedsspruch gefällt, nach welchem der Lohn an der Spitze von 96 Pf. auf 91 Pf. herabgesetzt wird. Er soll dann für die Sparte A in den fünf Ortsklassen 91, 89, 80, 75 und 71 Pf. betragen; erstmalig kündbar zum 29. Februar 1932. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern, denen der Lohnabbau nicht genügte, abgelehnt. Der Antrag auf Verbindlicherklärung führte am 17. November zu Verhandlungen vor dem Schlichter. Hier machte der Schlichter Vermittlungsvorschläge, zu denen sich die Parteien bis zum 30. November zu erklären haben.

Mit Entfemen deses Hinmaw ist der 49. Wochanbauung föllig



Holzindustrie



Aus der Klein-Musikinstrumentenindustrie

VII. Selbstkosten der Betriebe

Der Enquete-Ausschuß hat versucht, durch eine Fragebogenerhebung die Selbstkostengestaltung der Industrie zu ermitteln. Dabei scheint nicht viel herausgekommen zu sein. Im Bericht heißt es, die Erhebung „hat vor allem den Beweis für die außerordentliche Vielgestaltigkeit der Industrie erbracht“. Es wurden 47 typische Betriebe untersucht. In der Harmonikabranche beträgt der Rohstoffanteil 30 bis 45 Prozent, in der Streich- und Zupfinstrumentenbranche meist über 50 Prozent. „Bei der Fabrikation von Blasinstrumenten ist der Rohstoffanteil geringer, die Löhne steigen dagegen fast bis zu 60 Prozent.“ Das stimmt, aber nur bei den feinsten Metallblasinstrumenten. „Bei Schlaginstrumenten ist der Lohnanteil am geringsten, hier beträgt er nur 20 bis 25 Prozent. Über den Lohnanteil in der Harmonik- und in der Streich- und Zupfinstrumentenbranche weiß der Enquete-Ausschuß nichts zu melden. Daß ist auffällig, denn bei den Machtmitteln, die ihm bei der Durchleuchtung der Betriebe zur Verfügung standen, hätte er diese wichtige Feststellung treffen können. Oder weichen die Ergebnisse von den seitherigen Behauptungen der Unternehmer allzusehr ab, so daß sie aus diesem Grunde nicht veröffentlicht werden? Der Lohnanteil wird in diesen Branchen etwa 25 bis 35 Prozent betragen. Das heißt von den Gestehungskosten, nicht vom Verkaufspreis im Einzelhandel; legt man diesen zugrunde, dann ist der Lohnanteil viel geringer. Die Unternehmerbeiträge für die Sozialversicherung machten 1928 etwa 3 Prozent der Gestehungskosten aus; heute sind sie ein wenig höher. Der Anteil der Steuern beträgt 5 bis 6 Prozent.

Über die Selbstkosten des vögtländischen Hausgewerbes enthält der Enquetebericht umfangreiches Material. Die Kalkulation einer Geige sieht wie folgt aus: Material und sonstige Unkosten 65,6 Prozent, Verdienst 34,4 Prozent des Preises, den der Heimarbeiter vom Großhandel bekommt. „Der Großhandel verkauft in der Regel mit 25 bis 35 Prozent, der Kleinhandel mit etwa 50 bis 75 Prozent vom Großhandelspreis.“ Praktisch bedeutet das, daß ein Instrument vom Heimarbeiter bis zum Verbraucher sich um etwa 100 Prozent verteuert. Der Vertrieb kostet also ebensoviel wie die Produktion. Dieser Zustand ist unerträglich. Von den Materialausgaben entfallen 30,0 Prozent auf den Korpus, 10,0 Prozent auf den Hals, 9,0 Prozent auf Griffbrett, Wirbel und Saitenhalter, 3,3 Prozent auf Saiten und Steg, 3,3 Prozent auf Lack, Öl usw. und 10,0 Prozent auf Miete und sonstige Unkosten.

VIII. Einfuhr und Ausfuhr

Die Einfuhr von Kleinmusikinstrumenten ist, gemessen an der Ausfuhr, unbedeutend. Im Jahre 1913 betrug die Einfuhr 2600 Doppelzentner, die Ausfuhr aber 59 453 Doppelzentner. 1930 war das Verhältnis 906 zu 39 921. In den einzelnen Branchengruppen liegen die Dinge teils günstiger,

teils ungünstiger. Am günstigsten ist das Verhältnis in der Harmonikabranche: hier betrug 1930 die Einfuhr 117 Doppelzentner und die Ausfuhr 34 423 Doppelzentner. In der Blasinstrumentenbranche dagegen ist die Einfuhr größer als die Ausfuhr: Einfuhr 436 Doppelzentner und Ausfuhr 242 Doppelzentner. Auf die Blasinstrumente entfallen reichlich 55 Prozent der Gesamteinfuhr. Es handelt sich vornehmlich um die Einfuhr von Metallblasinstrumenten aus der Tschechoslowakei.

Die Ausfuhr ist in den Nachkriegsjahren zurückgegangen, wenigstens dem Gewicht nach. 1913 wurden 59 453 Doppelzentner Kleinmusikinstrumente ausgeführt, 1930 aber nur 39 921 Doppelzentner. Am besten war das Nachkriegsgeschäft 1925, damals betrug die Ausfuhr 54 900 Doppelzentner. Für den Laien ist die Stückzahl der Ausfuhr aufschlußreicher als die Gewichtsmenge. Die Stückzahl wird (mit Ausnahme bei Geigen und Zithern) aber erst in der Nachkriegszeit festgestellt. In der untenstehenden Tabelle haben wir für 1913 die Stückzahl der anderen Instrumente aus den Gewichts- und Stückzahlen von 1925 berechnet. Dabei kommen wir für 1913 auf 37 119 100 Instrumente, die in diesem Jahre ausgeführt worden sind. Diese Rechnung ist nicht absolut genau, sie ist nur eine rohe Schätzung. 1925 wurden nach der amtlichen Zählung 45 417 473 Kleinmusikinstrumente ausgeführt. Die nächsten Jahre brachten noch eine Zunahme bis auf 51 533 523 im Jahre 1927. Dann kam ein kräftiger Rückgang, 1929 wieder eine Zunahme, die auf einer starken Nachfrage nach Stimmpeifen beruhte. 1928 betrug die Stimmpeifenausfuhr 38 054 Stück, 1930 aber 122 139 Stück. Im Jahre 1930 sank die Gesamtausfuhr auf 36 612 818 Kleinmusikinstrumente.

Bei den einzelnen Branchen ist die Ausfuhrentwicklung sehr unterschiedlich. Wenn man von den für 1913 schätzungsweise errechneten Zahlen ausgeht, dann führte die Mundharmonikabranche 1930 noch rund 200 000 Instrumente mehr aus als 1913. Im Jahre 1927 waren es reichlich 15 000 000 mehr. Anders liegen die Verhältnisse bei den Ziehharmoniken: hier beträgt der Ausfuhrückgang seit 1913 mehr als 600 000 Stück. Damit ist der deutsche Anteil an der Weltausfuhr, der 1913 etwa 90 Prozent betrug, auf etwa 65 Prozent zurückgegangen. Der Enquete-Ausschuß führt diesen Verlust in erster Linie auf die Konkurrenz der italienischen Ziehharmonika zurück. Am größten ist der Ausfuhrückgang bei den Saiteninstrumenten, nämlich von 312 000 Stück im Jahre 1913 auf 176 183 im Jahre 1930. Und hier ist besonders der Geigenbau der Leidtragende. 1913 wurden 270 202 Geigen ausgeführt, 1930 aber nur noch 49 423. Die Ausfuhr von Zithern ging in der gleichen Zeit von 56 699 auf 40 037 Stück zurück. Andere Zupfinstrumente (Gitarren, Mandolinen usw.) wurden 1930 84 736 Stück ausgeführt, 1913 waren es schätzungsweise 50 000 bis 55 000 Stück. Auch die Schlaginstrumentenbranchengruppe hat gegenüber der Vorkriegszeit einen kleinen Ausfuhrückgang aufzuweisen. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den

Ausfuhr in Doppelzentnern und Stück.

	Mundharmoniken	Ziehharmoniken	Saiteninstrumente	Blasinstrumente	Schlaginstrumente	Saiten	Insgesamt
1913 Doppelztr. ...	24 482	22 280	5 775	788	705	5 423	59 453
Stück	35 327 600	1 333 300	312 000	91 000	55 200	—	37 119 100
1925 Doppelztr. ...	30 598	16 129	4 466	273	418	3 016	54 900
Stück	44 147 200	964 867	241 199	31 502	32 705	—	45 417 473
1926 Doppelztr. ...	35 556	12 684	4 265	267	522	3 910	57 204
Stück	49 725 100	698 663	273 332	31 721	82 977	—	50 811 793
1927 Doppelztr. ...	35 502	11 005	4 239	274	635	2 911	54 566
Stück	50 564 000	631 874	360 097	33 811	43 741	—	51 533 523
1928 Doppelztr. ...	31 863	11 727	4 069	288	667	2 652	51 266
Stück	44 390 000	606 716	350 940	31 815	32 915	—	45 313 386
1929 Doppelztr. ...	31 370	13 200	3 748	282	654	2 267	51 521
Stück	47 259 400	749 368	193 225	147 964	32 575	—	48 384 805
1930 Doppelztr. ...	23 622	10 021	2 670	242	783	1 803	39 921
Stück	35 536 000	715 647	176 182	137 409	53 579	—	36 612 818

Blasinstrumenten; hier ist eine Ausfuhrzunahme festzustellen, die aber, wie bereits erwähnt, vornehmlich auf die starke Nachfrage nach Stimmpeifen zurückzuführen ist. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Ausfuhrentwicklung der deutschen Kleinmusikinstrumentenindustrie alles andere als erfreulich ist.

IX. Zölle

Die Ursachen des im allgemeinen starken Ausfuhrückganges lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Sie alle hier zu behandeln, dafür fehlt der Platz. Nur eine, vielleicht die Hauptursache, sei kurz erwähnt: die hohen Einfuhrzölle. Dabei wollen wir uns auf die Aufführung jener Länder beschränken, die einen Wertzoll erheben, da dieser die wirkliche Zollbelastung ohne weiteres klar erkennen läßt. In Holland beträgt der Einfuhrzoll 8 Prozent des Wertes. Das ist nicht viel und wahrscheinlich der niedrigste Zoll für Kleinmusikinstrumente in der ganzen Welt. Nur Deutschland hat einen noch viel niedrigeren Zoll, bei uns beträgt er für die meisten Instrumente keine 2 Prozent. Für einige Waren ist er höher, so z. B. für Ziehharmoniken 6 Prozent, für Trommeln 10 Prozent. Wie sieht es nun in anderen Ländern aus? In Frankreich beträgt der Zoll für Geigen und Gitarren 35 Prozent, für Kontrabässe 40 Prozent; in Schweden für Orchesterinstrumente 15 Prozent; in Griechenland 20 Prozent; in Ägypten 15 Prozent; in England 33 1/2 Prozent; in Portugal 40 Prozent; in den Vereinigten Staaten von Amerika 40 Prozent, dazu kommt für Streichinstrumente noch ein Sonderzoll von 1,25 Dollar, das bedeutet für billigere Geigen einen Zoll von etwa 100 Prozent; in Brasilien 50 Prozent; in Chile 50 Prozent; in Mexiko 20 bis 25 Prozent; in Kanada 30 Prozent; in China 25 Prozent; in Japan 40 Prozent; in der Türkei 100 bis 200 Prozent. Zuletzt sei noch Rußland erwähnt, daß die Einfuhr von Musikinstrumenten von einer Einfuhrbewilligung abhängig macht, die aber nur selten erteilt wird, so daß Rußland der deutschen Musikinstrumentenindustrie so gut wie völlig verschlossen ist; nur dann und wann geht noch ein Instrument in das vor dem Weltkriege sehr wichtige Absatzgebiet. Dieses System der Einfuhrbewilligung ist fast noch schlimmer als die Wertzölle von 100 und mehr Prozent.

(Ein Schlußsatz folgt.)

Unbefriedigende Entwicklung der russischen Furnierindustrie

Nach der „Prawda“ vom 7. Oktober hat die „Kommission für Durchführung“ beim Rat der Volkskommissare sich unlängst mit der Lage der Furnierindustrie beschäftigt und festgestellt, dass die Durchführung der programmatischen Vorschläge, insbesondere die Produktion von Furnierhölzern für die Ausfuhr, ganz unzureichend ist. Allerdings sind einige Fortschritte in der Furnierfabrikation nach Bildung eines „Trusts für Furnierhölzer“ erzielt worden, aber der Ausschuss ist nach wie vor außerordentlich hoch. Ferner ist es nicht gelungen, einen festen Arbeiterbestand heranzubilden, vor allem, weil die Wohnungsverhältnisse schlecht sind und das System des mit Prämien kombinierten Stücklohnes nicht zur Durchführung gelangt ist. Die Direktoren der Fabriken haben außerordentlich häufig gewechselt. So wechselten zum Beispiel auf der Parfinschen Fabrik in Laufe von sieben Monaten fünf Direktoren. Die Holzlieferanten haben das Rohmaterial sehr nachlässig angeliefert, wobei eine Minderung der Qualitäten der Hölzer eingetreten ist. Auch die Bereitstellung von Leim durch den Fleischtrust hat nur 42 Prozent des Vorschlages erreicht. Auf Grund dieser Unzulänglichkeiten wurde dem Vorsitzenden des Trusts „Sewsablesproa“ ein strenger Verweis und dem Direktor des Nowgorodschen „Lesopromochos“ ein Verweis erteilt.

Schleif- und Poliermittel (Schluss)

II.

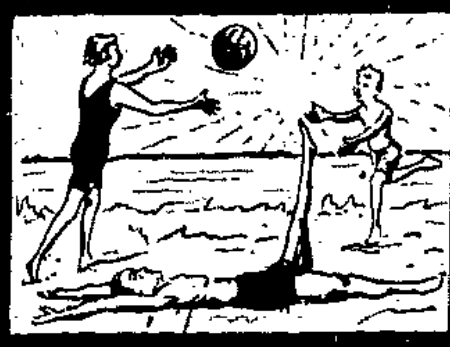
Sehr wichtig ist ferner, dass der Schleifer beim Schleifvorgang auf die Schnelligkeit der Drehung achtet. Je rascher sich die Schleifscheibe dreht und je härter ihre zum Teil durch die Bindung bestimmte Schleifwirkung ist, um so rascher und stärker wird das Schleifstück angegriffen. Hier ist besonders streng darauf zu achten, inwieweit sich das Schleifstück dabei erhitzt. Häufig wird ja mit Schmirgelscheiben trocken geschliffen, was natürlich nur geschehen darf, wenn der Schleifer das zu bearbeitende Material und die Härte der zu benutzenden Scheibe genau kennt. Die Scheiben arbeiten zwar im trockenen Schleifvorgang schneller, erzeugen jedoch größere Risse, nutzen sich schneller ab und erzeugen häufig so grosse Hitze, dass z. B. der gehärtete Stahl der Werkzeuge weich wird und diese verdorben werden. In solchen Fällen muss also auch die Schmirgelscheibe mit Wasser oder Öl stark befeuchtet und während des Schleifvorganges nassgehalten werden. Ganz bestimmte Richtlinien gibt es natürlich für diese Vorgänge nicht.

Auch bei den Handschleifmitteln, Handwetzsteinen zum Schärfen von Werkzeugen und Steinen zum Abziehen derselben, unterscheiden wir natürliche und künstliche Schleifmittel, die beide ihre Vorteile und Nachteile im praktischen Gebrauch haben. So besitzt z. B. der Naturstein in der Regel die feinere Schleiffähigkeit, weil er meist härter ist, während der künstlich hergestellte Abziehstein den Vorzug hat, eine grössere Gleichmässigkeit im Korn und in der Härte aufzuweisen, wodurch sich seine Verwendung für diese oder jene Schleifzwecke leichter bestimmen lässt. Jedenfalls ist sowohl bei Natursteinen als auch bei Kunststeinen schon beim Einkauf solcher Steine die grösste Vorsicht am Platze. Vor allem soll man ganz billige, unreine und in der Härte ungleichmässige Stücke von Natursteinen nie kaufen, weil sich solche nur selten durch eine einwandfreie Schleifwirkung auszeichnen. Stücke von grosser Gleichmässigkeit und Reinheit, sauber bearbeitet, sind zwar im Preise etwas höher, machen sich aber auch entsprechend bezahlt.

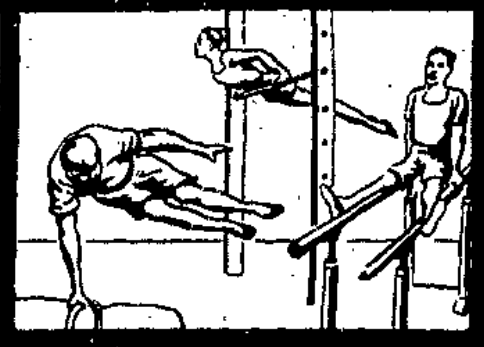
Von Kunststeinen werden heute sehr viele Fabrikate in allen Körnungen und Härten, aus Schmirgel, Korund, Carborundum, Siliciumcarbid, Elektrorubin, Abrasit, Carlosilit und anderen Stoffen angeboten, jedoch stehen alle diese Erzeugnisse, die sich an sich für die Herstellung von Schleifscheiben zu rotierenden Schleifzwecken sehr gut eignen, für Abziehzwecke sehr weit hinter den Wirkungen zurück, die mit Natursteinen erzielt werden. Zum Abziehen sehr harter Werkzeuge und sehr feiner Schneiden, wie sie der Bildhauer, der Drechsler und zuweilen auch der Tischler braucht, sind die meisten dieser Steine überhaupt nicht verwendbar.

Selbstverständlich erfordert der Abziehstein auch eine umsichtige Behandlung, wenn er seinen Zweck erfüllen soll. Falsch ist es, wenn er einmal mit Wasser, dann wieder mit Öl oder sonstigen Flüssigkeiten befeuchtet wird, wodurch seine Schleiffläche angegriffen oder verschmiert wird und der Stein schon nach kurzer Zeit seine Schleif- und Abziehfähigkeit einbüsst. Dringend geboten ist daher, dass der Stein nach jedesmaligem Gebrauch sorgfältig gereinigt wird und dass man ihn auch für die Abzieharbeit möglichst nur mit ein und derselben Flüssigkeit benetzt. Auch soll er, soweit er nicht in einem passenden Holzbehälter obenhin eingelagert ist, nie mit allen möglichen Gegenständen und Werkzeugen zusammenliegen, sondern stets an einem bestimmten Platz aufbewahrt werden. Das sind zwar selbstverständliche Dinge, die jedoch, wie man in vielen Werkstätten beobachten kann, nicht immer beachtet werden.

Karl Dopf.



Gesundheit und Körperpflege



Gesundheit und Winterkleidung

Von M. A. von Lütgendorff

Der Mensch ist ein unermüdlicher Wärmespender, denn er strahlt Wärme aus, wo er immer sich befindet, ob er ruht oder arbeitet. Er produziert allerdings auch viel Wärme, am meisten als Kind und am wenigsten im Alter. Er muß die Luft, die er einatmet, die Nahrung, die er kühl oder kalt zu sich nimmt, erwärmen und gibt schließlich an jedes Ding, das er in der Hand hält, einen Teil seiner Wärme ab. Die fast ununterbrochene Wärmeabgabe führt daher zu einem Wärmeverlust. Da auf der gesunden Haut fortwährend Wasser verdunstet, geht dem Körper ebenfalls Wärme verloren; es braucht gar nicht heiß zu sein. Die Wärmeabgabe geht naturgemäß schneller vor sich, wenn der Körper unbedeckt ist. Die Untersuchungen Professor Rubners lassen dies erkennen. Rubner nahm als Grundzahl der Wärmeabgabe 100 an; als nun über den nackten Körper ein Wollkleid gezogen wurde, ergab sich die Zahl 75, nach dem Anziehen eines Woll- und Leinenhemdes sank sie auf 60, und als zu den Hemden noch Rock und Weste angezogen wurden, auf 33. Mit Recht sagt Rubner, der Mensch ziehe seine Kleider an, damit sie an seiner Stelle frieren.

Wichtig dabei ist, daß gewisse, besonders dunkle Farben die Eigenschaft besitzen, die sie treffenden Lichtstrahlen in Wärme umzuwandeln und diese Wärme in sich aufzunehmen, während helle Farben gegen die Lichtwirkung nur wenig empfindlich sind, am allerwenigsten Weiß, das überhaupt alle Lichtstrahlen zurückwirft. Nach den Untersuchungen von Kallab zeigte sich, daß sich auch hellgelbe Gewebe fast unempfindlich gegen die Lichteinwirkung verhielten, wogegen bei einem dunklen, mit Indigoblau gefärbten Stoff die Umwandlung von Licht in Wärme so verblüffend intensiv vor sich ging, daß der Stoff, als er einer starken künstlichen Lichtquelle ausgesetzt wurde, nahezu verkohlte. Pettenkofer's Untersuchungen, bei denen die Wärmeabsorption der weißen Farbe vergleichsweise mit 100 angesetzt worden war, ergaben, daß die Kraft der Lichtumwandlung in Wärme schon bei Dunkelgelb auf 140 stieg, bei hellgrünen Stoffen auf 152, bei roten auf 168, bis schließlich schwarze Stoffe die Vergleichszahl von 208 erreichten. Besonders erwärmend wirkt auch schwarzer wie überhaupt dunkelblauer Samt.

Zwischen der Körperhaut und den Kleidern muss genügend Luft vorhanden sein. Rubner hat berechnet, daß die Kleider des Menschen durchschnittlich 10 Liter Luft enthalten, daß indes auch die Zwischenräume zwischen den Kleidern und den Überkleidern mit 10 bis 12 Liter Luft gefüllt sind. Ist nun der bekleidete Körper mit solchen Luftmengen umgeben, so empfindet er gesunde Behaglichkeit in seinen Kleidern, sobald aber der Raum zwischen Haut und Kleidern luftleer wird, wie es der Fall ist, wenn sich durchnäße oder auch nur feuchte Kleider der Haut fest anlegen, so verliert sich das Wärmegefühl nur zu schnell. Denn die nächste Folge hiervon ist ein höchst unangenehmes Nässegefühl und ein ebenso unangenehmes Frösteln.

Ein oft sehr unbehagliches Nässegefühl stellt sich ein, wenn der Haut Kleider, die von Schweiß durchtränkt sind, anliegen und der Raum zwischen Haut und Kleidern dadurch luftleer wird. Man sollte daher die Haut mit Geweben umgeben, die porös und luftdurchlässig sind. Verhältnismäßig wenig zweckdienlich sind die reinleinen Hemdenstoffe, wesentlich poröser Trikotgewebe aus Woll- oder Baumwolle, großmaschige mehr als dicht gewebte. Menschen, die zeitweilig im Freien arbeiten, beobachten häufig, daß sie sich, sofern sie überhaupt an Arbeit geeignete Kleider tragen, in ihren Kleidern viel wohler fühlen, wenn sie draußen arbeiten, als bei der Arbeit im Zimmer oder in der Werkstätte. Diese Wahrnehmung beruht darauf, daß in der

freien Luft die Luftbewegung in den Kleidern gefördert wird, wodurch die Verdunstung gesteigert und die Durchfeuchtung der Kleider verhindert wird.

Die Füße, die, wo sie gehen und stehen, Wärme abgeben, werden gegen ihren Wärmeverlust oft nur recht ungenügend geschützt. Nun sorgt schon ein verhältnismäßig leichter Strumpf dafür, daß der Fuß um 5 Prozent weniger Wärme verliert als der nackte Fuß, und zieht man dann noch einen Schuh über, so kommen noch weitere 5 Prozent Wärme hinzu, die dem Körper erhalten bleiben. Ob der Mensch sich in seinen Schuhen warm und wohl fühlt, hängt vom Leder ab. Die Untersuchungen Professor Engelmanns haben nachgewiesen, daß der Wärmeverlust durch das Oberleder eines Schuhs nicht weniger als vierzigmal größer ist als die Wärmemenge, die durch den Absatz entweicht; durch die Sohle verliert der Fuß — je nach ihrer Dicke — ungefähr dreimal weniger Wärme als durch das Oberleder. Daraus folgt also, daß ein im Winter getragener Schuh, besonders dann, wenn sein Träger viel an kalten Füßen leidet, aus möglichst kräftigem Leder bestehen soll.

Endlich ist der Winter auch für Menschen mit dünnem Haar oder für kahlköpfige Personen eine schlimme Zeit. Wenn dem unbedeckten Kopf durch einen jähen Temperaturwechsel zuviel Wärme entzogen wird, kann leicht eine Erkältungskrankheit auftreten. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Kopfhaut gegen Temperaturwechsel mehr oder weniger abgehärtet sei. Wie Dr. Durig mitteilt, haben Untersuchungen ergeben, daß sich, wenn man Kahlköpfige bestrahlte, die Wärme der nahe der Kopfoberfläche befindlichen Gehirnteile ziemlich schnell erhöhte; bestrahlte man hingegen einen gut behaarten Kopf, so zeigte die Temperatur des Gehirns keine Veränderung.

Die verstopfte Nase

Von Dr. Bruno Harms, Berlin

Im täglichen Leben hat jeder oft Gelegenheit, bei sich oder bei anderen eine verstopfte Nase festzustellen. Die Ursachen können verschiedene sein; die gewöhnlichste ist der Schnupfen.

Um nun die verschiedenen Gründe für die Behinderung der Nasenatmung — und darauf kommt es hier an! — besser kennen und erkennen zu können, ist es angebracht, sich einmal den normalen Bau der Nase vor Augen zu führen. Die Nase ist die natürliche Eingangspforte für die oberen Luftwege. Sie wird durch die Nasenscheidewand, an der sich an jeder Seite die drei sogenannten Nasenmuscheln ansetzen, in zwei gleiche Hälften geteilt. Der ganze Hohlraum der Nase einschliesslich der Scheidewand und der Muscheln wird von einer feinen Schleimhaut ausgekleidet, die den Nasenschleim absondert. Nach hinten mündet die Nase in den Rachenraum, der die Fortsetzung der Mundhöhle nach oben darstellt. Der Zweck des Nasenraumes ist, die durchstreichende Luft zu erwärmen, anzufeuchten und zu reinigen. Von ihm aus geht die Atemluft durch die Rachenhöhle und den Kehlkopf in die Luftröhre und von ihr durch die Bronchialäste in die Lunge.

Dieser natürliche Weg der Atemluft kann nun durch Hindernisse verschiedener Art unterbrochen und dadurch mannigfachen gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt werden.

Wie erwähnt, ist die häufigste und am meisten bekannte Ursache für die Behinderung einer freien Nasenatmung der Schnupfen. Er ist eine entzündliche, mit starker Schleimabsonderung verbundene Anschwellung der Nasenschleimhaut, die auch auf die Nebenhöhlen der Nase übergreifen kann. Während der Schnupfen eine verhältnismäßig harmlose Erkrankung der Nase ist, sind die Polypen, die verschiedenen großen Gewächse der Schleimhaut bilden, schon ernster zu nehmen. Sie können eine dauernde starke Behinderung der Nasen-

atmung darstellen und sind deshalb unbedingt operativ zu entfernen. Eine ebenfalls dauernde Behinderung der Nasenatmung wird häufig durch eine Verbiegung und Verdickung der Nasenscheidewand, die entweder angeboren oder durch eine stärkere Verletzung der Nasenknochen herbeigeführt sein kann, verursacht. — Dies wären die wesentlichsten, innerhalb der Nase gelegenen Ursachen für ihre Verstopfung.

Aber es gibt noch eine sehr häufige, allerdings auf das Kindesalter beschränkte Behinderung der Nasenatmung. Diese wird durch Anschwellung der sogenannten Rachenmandel, einer der Nasenmündung in den Rachenraum gegenüber gelegenen Lymphdrüse, verursacht. Bei ihrer Entstehung spielen Erblichkeit, Skrofulose und die gewöhnlichen Kinderkrankheiten (Marsen, Scharlach, Diphtherie) eine Rolle. Wenn eine Rückbildung der vergrößerten Mandel im späteren Kindesalter nicht erfolgt, empfiehlt sich auch hier die operative Beseitigung.

Wie macht sich nun die verstopfte Nase und ihre Erkrankung bemerkbar? Der Patient selbst wird neben der Unmöglichkeit, Luft durch die Nase einzuziehen, verschiedene Beschwerden an sich wahrnehmen, wie Kopfschmerzen, Druckgefühl in der Stirngegend, Störungen des Geruchs, Trockenheit in Mund und Rachen, besonders beim Liegen. Seiner Umgebung fallen vor allem der offenstehende Mund, die nasale Sprache, oft auch eine leichte Schwerhörigkeit und besonders bei Kindern eine gestörte Aufmerksamkeit und eine gewisse Stumpfheit auf.

Die Folgen der behinderten Nasenatmung können also von schwerwiegendem Einfluß auf den allgemeinen Gesundheitszustand sein. Da der Luft der normale Weg durch die Nase versperrt ist, so ist der Patient gezwungen, durch den Mund zu atmen, das heißt die Luft ungeeignet, nicht vorgewärmt und angefeuchtet einzuziehen. Katarrhe des Rachens und der Luftwege, selbst schwerere Infektionen, wie Tuberkulose, können die Folgen sein. Es liegt daher unbedingt im Interesse eines jeden, der auf die Erhaltung seiner Gesundheit Wert legt, für eine unbehinderte Nasenatmung zu sorgen.

Da fast immer nur der Arzt entscheiden kann, welche Mittel zur Beseitigung der Hindernisse anzuwenden sind, ist es ratsam, bei dem Auftreten der Anzeichen einen Arzt aufzusuchen. Zur Vorbeugung kann u. a. empfohlen werden Abhärtung des Körpers und Vermeidung von schädlichen Reizungen der Nase.

Behandlung der Frostbeulen

Gegen die an kalten Tagen sich vielfach einstellenden Frostschädigungen an den Füßen werden die verschiedensten Mittel empfohlen, die mehr oder weniger Vorzüge besitzen. Am zweckmäßigsten ist es, sofort, bei den ersten sich einstellenden Beschwerden (brennende und juckende Schmerzen), Wechselbäder vorzunehmen. Sie dienen zur Anregung einer besseren Blutzirkulation und werden derart genommen, daß ein Gefäß mit heißem Wasser von mindestens 30 Grad Reaumur und ein zweites mit kühlerem Wasser von 10 Grad Reaumur bereitgestellt wird. Dann werden die Füße zuerst etwa zwei Minuten in das heiße Wasser gestellt, darauf eine Viertel bis eine halbe Minute in das kalte Wasser getaucht und dieses Verfahren zunächst abwechselnd fünfmal bis sechsmal und später zehnmal bis zwölfmal wiederholt. Den heißen Bädern sind zur stärkeren Anregung des Blutkreislaufes drei Eßlöffel Kochsalz oder ein Eßlöffel Tannin beizufügen. Nach diesen Wechselbädern, die auch bei frostbeschädigten Händen anzuwenden sind, trockne man die Glieder sorgfältig ab und massiere die Zehen und Finger von der Spitze aus nach der Wurzel zu tüchtig, und zwar jedes einzelne Glied zwei Minuten lang. Zu dieser Massage ist die schmerz- lindernde Kampfervaseline zu empfehlen.

Frostpunkte der menschlichen Haut

Der Winter hat nun seinen Einzug gehalten. Die Menschen laufen frierend umher. Indem sie warme Mäntel und Handschuhe anziehen, versuchen sie die Einwirkung des Frostes abzuhalten, ohne daß dies stets gelingt. Der menschliche Körper reagiert sehr schnell auf die gesunkenen Temperaturen. Erst in jüngster Zeit wurde festgestellt, auf welche Weise der Mensch zum Frieren kommt. Der menschliche Körper hat nämlich auf seiner Haut ungefähr 250 000 Kältepunkte, die ihm die Unannehmlichkeit des Frierens vermitteln.

Nicht alle Körperteile sind gleichmäßig mit Kältepunkten ausgerüstet. Es gibt Körperteile, bei denen auf 1 Quadratcentimeter 20 Kältepunkte kommen, bei anderen nur 15 oder 10 oder gar 5. Jeder Mensch hat schon an sich selbst die Erfahrung gemacht, daß er nicht an allen Teilen des Körpers gleichmäßig friert. Er läuft z. B. mit unbedecktem Gesicht umher, ohne daß er sofort Schaden nimmt, während er mit nacktem Leib bei der gleichen Temperatur kaum ohne Schädigung der Gesundheit ins Freie gehen dürfte. Abhärtung und Gewöhnung tun allerdings noch ihr übriges. Aber die Anzahl der Kältepunkte ist auch dabei von grosser Bedeutung. Wenn der Mensch friert, dann friert er eigentlich nur an diesen Kältepunkten. Durch die Abkühlung der Haut an diesen Punkten wird die Kälte durch die Nerven den verschiedenen Organen, wie Herz, Lunge usw., übermittelt und führt zu eigenartigen Erscheinungen und Empfindungen, die schließlich jedem Menschen aus der Erfahrung bekannt sind. Die Haut wird kalt, der Mensch wird blaß, ja sogar blau vor Kälte.

Wie geht das vor sich? Die Blutgefäße der Haut verengern sich durch diese Kälteleitung über die Kältepunkte. Die Haut erhält weniger Blut und damit weniger Wärme. Zuerst hat man dabei nur das Gefühl des Fröstelns, wobei das Gesicht einen teils grünlichen, teils blassen Ausdruck erhält. Wird die Kälte stärker und verlangsamt sich der Blutstrom durch die Einwirkung des Frostes auf die Zentren, die die Atmung und den Blutstrom regulieren, dann werden die kleinen Arterien zusammengezogen. Das Blut wird dunkler und der Mensch macht einen bläulichen Eindruck. Ein weiteres Stadium besteht darin, daß der Mensch vor Frost zittert oder — wie man sich volkstümlich ausdrückt — bibbert. Auch hierbei spielen die Kältepunkte eine bedeutende Rolle.

Die Einwirkungen der Kälte auf die einzelnen Körperteile sind durchaus verschieden, und zwar richten sie sich nach der Dauer der Kälte, nach ihrer Stärke und nach der Empfindlichkeit der verschiedenen Körperteile. Die Fingerspitzen, die Nasenspitze und die Ohren gehören zu den empfindlichsten Stellen. Oft ist die Kälteempfindung so stark, daß man ein Schmerzgefühl dabei hat. Erfrorene Nasen, erfrorene Ohren und erfrorene Hände sind ein weitverbreitetes Übel der Winterzeit. Solange man noch Schmerzen hat, ist die Gefahr nicht groß, wenn auch Frostbeulen an den Händen und Füßen nicht gerade sehr angenehm sind. Schlimmer ist es, wenn das Kältegefühl verschwindet. Dann entstehen an diesen Stellen zum Teil schwere Entzündungen. Es kann sogar zur völligen Abtötung der betreffenden Teile kommen. Der Körper ist aber erfreulicherweise derart eingerichtet, daß fast jede Stelle, die unter starkem Frost leidet, dem Gehirn Mitteilung davon macht. Es werden dann rechtzeitig Maßnahmen notwendig. Wer diese Zeichen, wie Gänsehaut, Zittern, Frostgefühl, Schmerzen, beobachtet, der wird sich gegen dauernde Schädigungen leicht schützen können, da Bewegung des Körpers und Reiben der betreffenden Stellen oft ausreichen, um weitere Zerstörung der betreffenden Körperteile zu verhüten.

J. K.



Unterhaltung und Wissen



Die Aktentasche

Von Gregor Jaycho

An diesem Tage ging es Peter besonders schlecht: Von seinem Geld blieb nicht mehr viel übrig — kaum zehn Mark. Die Zeichnungen, die er verschickt hatte, kamen fast alle zurück, das Pferd, auf das er gesetzt hatte, verlor, der Boxer, auf dessen Sieg er wetten wollte, erkrankte plötzlich, und zum Schluss — gegen Abend — rief Fifi, mit der er seit zwei Wochen verlobt war, bei ihm an und sagte, sie würde leider nicht kommen können, weil sie Besuch bekommen hätte — eine Tante aus Ostpreussen. „Aber ich gehöre doch zur Familie!“ versuchte Peter einzuwenden. — „Gerade deshalb darf sie dich nicht sehen, Peter, sie ist Männerfeindin, sie enterbt mich!“ Peter schüttelte den Kopf. Er war miserabler Laune.

Gegen neun Uhr hielt er es nicht länger in seiner Junggesellenbude aus, zog sich um und wollte schon fortgehen, als plötzlich das Telephon von neuem schrillte. Er trat an den Apparat: „Hallo!“ Es war sein Bueenfreund, der „Zeichner Toni“, wie er überall genannt wurde. „Was ist denn los?“ fragte Peter. — „Ja, sag mal, gerade das wollte ich dich fragen.“ erwiderte Toni. „Bist du mit der Fifi entzweit?“ — „Nicht dass ich wüsste! Wie kommst du darauf?“ — „Nun, weil sie hier mit einem so komischen Onkel sitzt. Der redet, als ob er aus Frankfurt wäre, so ein feistbackiger, schwarzbrauner —“ — „Halt, halt, wo ist denn das?“ Toni nannte ein bekanntes Café. „Verlierer sie nicht aus den Augen“, rief Peter, „ich bin gleich da.“

„Also, die Tanten sind neuerdings Onkels geworden und sprechen — wenn sie aus Ostpreussen kommen — Frankfurter Dialekt!“ dachte Peter, während er in ein Auto stieg. „Diesen ostpreussischen Frankfurter will ich mir kaufen!“

Die Taxi rollte davon, Peter streckte die Beine aus und — was war denn das? Neben ihm lag eine braune Aktentasche.

„Hm!“ überlegte Peter mit Blitzeseile. „Der Fahrer weiss nichts, sonst hätte er sie längst herausgeholt. Das werde ich jetzt tun. Man soll dem Zufall nicht aus dem Weg gehen. Solche Taschen gehören Geschäftsleuten, und Geschäftsleute brauchen Reklamezeichnungen, und Reklamezeichnungen mache ich. Ich kann ja das Ding schon morgen entweder im Fundbüro abgeben oder — wenn es sich lohnt — als „ehrlicher Finder“ dem Verlierer selbst hinbringen. Aber der Fahrer — Ich bin ja ohne Tasche eingestiegen! Stecken wir sie unter den Mantel!“

Er beugte sich vor, öffnete das Fensterchen zum Führersitz, fragte nach der Zeit, und als der Fahrer sich nach einer Uhr umsah, schob Peter die nicht gerade leere Aktentasche unter seinen Mantel.

Ein paar Minuten später war man vor dem Café. Peter stieg aus, zahlte und verschwand hinter der Drehtür.

Im Fahrstuhl zog er die Aktentasche hervor. Ein schweres, braunledernes, sicherlich sehr teures Ding. Aber — verschlossen. „Schade — Nun, wir wollen uns erst den Frankfurter Ostpreussen ansehen!“



Peter ging durch das vollbesetzte Café, hielt Ausschau. Da erhob sich von einem Hintertische der „Zeichner Toni“ und kam ihm entgegen.

„Zu spät, mein Sohn!“ sagte er, als er Peter die Hand drückte. „Das Paar ist

fort. Fifi konnte sich doch an ihren fünf Fingern abzählen, dass ich dir von dieser Begegnung erzählen würde. Der Frankfurter ist sehr unruhig gewesen. Sehr. Er hopste zuletzt wie ein Floh! Hat sie dich

Vorweihnacht 1931

Ein kleines Mädel habe ich gesehen,
Acht Jahre alt, doch müde, slech und matt.
Vor einem Riesenfenster sah ich's stehen,
Es drückte sich das schmale Näschen platt.
Adventszeit ist, die tausend Wünsche hat
In dieser ungeheuren Riesenstadt,
Wenn reiche Leute Weihenacht begehen.

Du, schwaches Kind, bist Spiegel unsrer Not.
Viel hunderttausend Menschen müssen stempeln.
In dumpfer Hausung lauert bleicher Tod,
Kein Tropfen Milch, kein karger Bissen Brot,
Indessen hell die Weihnachtskerze leht
In aufgeblähten Reichtums stolzen Tempeln.

Einst war das Kind von Bethlehem geboren
In einer Krippe dürrig-dumpler Streu.
Der erste Schrei aus einem Bündel Heu!
Der Nazarener aber blieb sich treu:
Proleten, Bettler waren ihm erkoren,
Für sie hat er am Kreuz den Leib verloren.

Vorweihnachtszeit! In einem dunklen Jahr,
Das voll von Gram und voll von Jammer war!
Erkenne, Volk, den tiefen Sinn der Zeiten!
Der Menschheit Wohlgefallen zu bereiten,
Zu grüssen endlich, endlich die Befreiten,
O biete jede Hand dem Werk sich dar!
Adventszeit, Hoffnungszeit! Das Ziel ist klar.
Genesse, komm! Wir wollen mutig streiten!
Henning Duderstadt.

also versetzt? Kopf hoch! Macht nichts! Madeln gibt es das ganze Land, voll — macht doch nicht ein so dummes G'schay! Was hast du da für eine feine Aktentasche? Hast du das Grosse Los gewonnen? Komm, setze dich ein wenig an meinen Tisch. Walter Hecht ist auch da — Mensch, so rede doch!“

„Du lässt mich ja gar nicht zu Worte kommen!“ erwiderte Peter. „Ich mag mich nicht an deinen Tisch setzen, und ich will nichts von Walter Hecht wissen und — und überhaupt! Und meine Tasche geht dich einen Dreck an! Weissst du vielleicht, wohin sie gegangen ist, die Fifi?“

„Bin ich ein Hellscher?“

„Da will ich sie suchen gehen!“ Peter drehte sich um und wollte schon davonschürmen.

Aber Toni hielt ihn fest. „Alleweil Windstärke 18!“ rief er. „Weischt, woas du bischt? An Aff! Mit 'nem Charakter wie 'ne Saustalltür! Ohne Hemmungen!“ Wenn er aufgeregt war, vertief er in seinen un- widerstehlichen schwäbischen Dialekt. Peter musste unwillkürlich lächeln. „Aber beleidigen loss i mi nit!“ fuhr Toni fort. „Jetzt komm i mit. Und wenn i die ganze Nacht neben dir herlaufen muass, du Aff. Dann hascht wenigstens an Zeugen!“

„Dann mach aber schnell!“ erwiderte Peter und lächelte noch breiter. „Recht hat er ja“, dachte er bei sich, „und ein lieber Kerl ist er obendrein.“

Toni kam zurück, sie liefen die Treppe hinunter, beschrieben dem Portier Fifi und ihren Begleiter, aber der Mann konnte sich nicht mehr entsinnen — es waren zu viele Menschen, die da in einemfort hineinkamen und weggingen.

„Wo willst du sie nun suchen?“ fragte Toni auf der Strasse.

„Ich denke, das beste ist: wir warten vor ihrer Haustür. Einmal muss sie ja zurückkommen.“

„Hm — meinetwegen.“
Man ging bereits.
„Was hast denn da für eine Aktentasche?“ fragte Toni nach einer Weile.
„Lieber Toni —“ begann Peter und wollte dem Freund seine Neugier vorwerfen. Aber am einmal blieb er stehen und brach in ein Lachen aus. „Toni!“ rief er. „Jetzt verstehe ich: du willst mich an- lügen!“

„Schtimmt!“ Toni lachte ebenfalls.

„Lieber Junge — herzlich gerne. Aber ich bin selbst so gut wie ausgemistet.“

„Versetz doch nachher die Tasche!“
„Kann ich nicht. Sie gehört nicht mir.“
Toni tippte sich auf die Stirn. „Bin i deine Grossmutter?“

Nun blieb Peter nichts übrig, als Toni zu erzählen, wie er zu der Tasche gekommen war, Toni hörte aufmerksam zu, dann schlug er die Hände zusammen.

„Und da läufst du der Fifi nach, statt erschtmal nachzusehen — Mensch!“

„Was soll ich nachsehen! Die Tasche ist doch verschlossen!“

„Blöd bischte aa no!“ sties Toni aus.
„Du kannsch sie ja aufmachen! Aufbrechen sogar! Du muescht ja nachsehen, wem sie gehört, wie?“ (Fortsetzung folgt)

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 47)

S y d n e y.

Kühl und klar steht der helle Himmel über dem weiten Hafen; über den Hängen mit den vielen tausend Einfamilienhäusern. Es ist sieben Uhr erst, aber die Zollschuppen sind schon geöffnet, und Träger kommen an Bord, aber wie verschieden ist ihr Gebaren von allen anderen Gepäckträgern östlich von Suez. Diese Männer in Australien, sie kommen nicht mit dem Lärm, nicht mit der Hast, wie du es in Colombo oder Singapur erlebttest. Nimm, sie kommen ruhig, gelassen, beinahe wie Herren. Denn sie wissen: die Passagiere brauchen ihre Dienste. Aber das wissen schliesslich auch die Gepäckträger in Port Said und Batavia. Aber was sie nicht wissen (und was den ganzen Unterschied ausmacht), ist die Tatsache, dass es so etwas wie Solidarität, Zusammengehörigkeitsgefühl gibt; gemeinsame Interessen, die es zu verteidigen gilt! Dort lebt jeder für sich, und einer unterbietet die Arbeitskraft des anderen. Hier aber — wir sind in Australien! — wird nicht unterboten. Ja, wird nicht einmal von den Passagieren gefragt, wieviel kostet der Gepäcktransport. Feste Preise gelten, eine feste Entlohnung für die geleistete Arbeit, denn — man hält zusammen, hat eine Monopolstellung, und kein Unorganisierter kommt herein, um die Preise zu drücken.

Deshalb auch kein Lärm, keine Hast; jeder hat seine Arbeit und seinen Lohn. Den von ihm, das heisst durch seine Gewerkschaft festgesetzten Lohn.

Schliesslich geht die Gepäckrevision beim Zoll auch einmal vorüber, und dann ist man in der Stadt, und die Tage vergehen, eine Woche, zwei Wochen wie Stunden, denn zwischen all dem Neuen, das es zu sehen, und der Arbeit, die es zu tun gibt, wird der Begriff „Zeit“ vergessen. Wir sammeln Erfahrungen, Erkenntnisse, weil wir mit offenen Augen durch das Land fahren; weil wir die Ohren spitzen, wenn wir mit Menschen der verschiedensten Berufsschichten sprechen; und wir lernen noch einiges dazu, weil wir die Zeitungen lesen, in Versammlungen gehen, und weil wir selbst gelernt haben zu urteilen. Zu urteilen aus der Erfahrung, die wir in anderen Ländern gemacht haben; wo uns immer eines der wichtigsten Dinge war: wie lebt der Mensch, was verdient er, unter welchen Bedingungen fristet er sein Dasein?

Der australische Mensch — nicht wahr, das hast du schon nach wenigen Tagen gemerkt? — er fristet sein Dasein nicht, sondern er lebt. Oder, um es in anderen Worten (und mit seinen eigenen) zu sagen: er arbeitet, um zu leben; nicht lebt er, um zu arbeiten. Du wirst dich noch entsinnen, wie erstaunt du warst, als du mich eines Abends im Hotel darauf aufmerksam machtest, dass der Kellner, der uns vor einer halben Stunde noch bedient hatte, nachher selbst als Gast am Tisch neben uns sass. Und du weisst doch auch noch, wie wir nach Arbeitsschluss die grosse Konservenfabrik verliessen und du dich wundertest, dass kein Arbeiter Platz machte, als wir mit dem 1. Betriebsführer

durch die Kontrollstelle gingen. Keiner nahm den Hut ab oder sagte „Guten Abend“, wofür auch? Und du wirst dich auch noch entsinnen, wie unsere Freunde sagten, sie könnten uns heute abend nicht zu sich nach Hause einladen, weil das Mädchen schon dreimal habe servieren müssen diese Woche; wir sollten deshalb im Hotel mit ihnen essen, da sie dem Hausmädchen nicht soviel Arbeit zumuten könnten.

Das sind einige wenige Erfahrungen, die wir in der ersten Zeit machten und über die wir uns anfänglich mächtig wunderten. Dann aber gewöhnt man sich daran, wie man sich auch an die guten Löhne gewöhnt und dass der australische Mensch stolz und selbstbewusst ist.

Eine der schönsten Entdeckungen, die wir in dieser Stadt machten, das war der Hafen von Sydney. Ach, wir hatten früher manches Rühmende von ihm gehört, aber man ist misstrauisch, solange man nicht selbst die Dinge mit eigenen Augen gesehen hat. Jetzt allerdings wissen wir: es ist tatsächlich der schönste Hafen der Welt. Allein schon die vielen Buchten und dann die Stadtsilhouette, die an Amerika erinnert mit den Hochhäusern. Dieser Hafen am Tage — als vor Wochen wir morgens einfuhren, wie wenig sahen wir davon! — ist nicht nur ein Gesang der Arbeit, er ist ein Stück Musik aus Farbe, Wasser und Himmel. Des Nachts aber, da ist sein Zauber vielleicht noch grösser; tausende Lichter flammen von allen Hängen ringsumher; und drüben ist die Stadt, ein grandioses Feuerwerk der Lichtreklamen, buntfarbig und getürmt bis in den Himmel.

Aber diese Stadt hat noch ein anderes, dessen sich nur wenige Städte rühmen können: einen viele Meilen langen Badestrand; weiss, sauber, gepflegt liegt er da, und die blauen Wasser des Pazifischen Ozeans rollen stürmen brandend herauf. An den ganz gefährlichen Stellen, da badest du allerdings zwischen abgesteckten Plätzen, wenn du sicher sein willst, von keinem Hai geschnappt zu werden. Ausguckposten sind stets auf der Wacht, und ein freiwilliger Trupp — Life Savers genannt — ist stets bereit, den Bedrängten zu Hilfe zu kommen. Die Australier sind sehr stolz auf die Life Savers (Lebensretter) und ganz zu Recht; die Männer, die sich hier aus eigenem Antrieb zusammengefunden haben; sind nicht nur mutig und sportgestählt, sie sind wirkliche Helden, die ihr Leben einsetzen, um zu retten, zu helfen. Nicht um zu vernichten.

Was es sonst Bemerkenswertes gibt in dieser Stadt? Vieles noch, aber nur eine Sache sei hier aufgezeichnet, denn sie wird den Unterschied zeigen zwischen „draussen“ und „daheim“. Stelle dir vor, in Deutschland kämen in der Mittagspause die Angestellten aus Büros und Geschäften, um sich auf den Rasen der Anlagen, der Parks zu lagern und zu verspernen. Es schadet nicht dem Rasen und nicht den Blumen daneben; und der Schatten unter den Bäumen ebenso wie das Trinkwasser (aus besonders Brunnen) ist für alle und für jeden. Ein „Es ist verboten“ ist hier ganz unbekannt. Und diese Parks, diese wunderbar weiten Grasilächen liegen inmitten der Stadt, wo der Raum teuer ist, wo Bürohäuser, Banken, Hotels, Geschäfte, Post- und Regierungsgebäude eng beieinander sind. In der Domain, einem dieser grossen Parks, tummeln sich jeden Sonntag die „Seifenkistenredner“ (es ist wie im Hydepark zu London) und sie verkünden alle möglichen und unmöglichen religiösen und politischen Evangelien. Interessierte Hörer finden sich immer ein; lauschen bald hier, gehen weiter, lauschen bald dort, mancher witzige Zwischenruf wird gemacht, und der Spassvogel hat die Lacher auf seiner Seite. Es gibt kein Versammlungsverbot unter freiem Himmel wie im teuren Vaterland. Allerdings gelten auch keine Bierkrüge oder Messer als politische Überzeugungsmittel, wie es manchmal bei uns angewandt wird von geistigen — Steinzeitmenschen.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Deutschland und die Weltwirtschaft. Von Gregor Binstock, J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis kartoniert 2,80 Mk., gebunden 3,50 Mk. — Die Verbundenheit der deutschen Wirtschaft mit der Wirtschaft anderer Länder, also mit der Weltwirtschaft, wird in unseren Tagen auch dem dümmsten „Nationalisten“ klar. Ja, sie ist noch viel größer und enger, als selbst mancher „Internationalist“ es glaubt. Das beweist der Inhalt dieses Buches. Der Verfasser ist bemüht, die heutige deutsche Wirtschaft im weltwirtschaftlichen Querschnitt darzustellen. Seine Ausführungen sind hochaktuell, denn sie behandeln die Ursachen der deutschen und der Weltwirtschaftskrise und ihre Überwindungsmöglichkeiten. Sehr ausführlich wird der deutsche Außenhandel mit all seinen volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen behandelt. Inzwischen sind die Aussichten unseres Außenhandels durch die neuen Zollerhöhungen in der ganzen Welt, insbesondere aber in England, noch schlechter geworden. Die Anpassung der deutschen Wirtschaft an die weltwirtschaftliche Umgebung wird immer schwieriger, und sie erfordert vom deutschen Volk noch große Opfer. Das Buch kann allen, die sich für Weltwirtschaftsfragen interessieren, zur Anschaffung empfohlen werden.

Ivalu. Roman von Peter Freuchen. Verlag: Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5. Preis für Mitglieder der „Bücher-

gilde“ 3 Mk. — Freuchen ist ein geborener Däne. Vor vielen Jahren schloss er sich der Expedition des Forschers Rasmussen an und durchstreifte Grönland. Seitdem verbindet ihn 20 Jahre mit den nördlichen Gebieten und Menschen. Vieles und Schweres hat er dort oben erlebt. Er heiratete eine Eskimofrau, fuhr vorübergehend nach Dänemark, nahm an einer neuen Grönlandexpedition teil und mußte schließlich infolge der Strapazen und einer Fußoperation in Dänemark bleiben. Wie in allen seinen bisher erschienenen Büchern, von denen eins charakteristischerweise „Die Flucht ins weiße Land“ heißt, stellt Freuchen auch in dem Roman „Ivalu“ das Leben der Polareskimos dar. Das ist der große Wert dieses Buches, daß es uns Kenntnisse vermittelt, die nur ein Schriftsteller sammeln konnte, der jahrzehntlang unter den Menschen gelebt hat, die er beschreibt. „Ivalu“ ist Freuchens bestes Buch. Und das ist kein Zufall. Dieser Roman ist, wie Freuchen selbst sagt, die Geschichte seiner ersten Ehe, die trotz der Rassenverschiedenheit ihm unendlich viel bedeutete.

Drei Welten. Gesammelte Erzählungen von J. Babel. Aus dem Russischen übersetzt von F. Umansky. Malik-Verlag AG., Berlin W 50. In Ganzleinen gebunden 3,75 Mk. — Babel erzählt russische Soldaten- und Volksgeschichten. Dabei zeichnet er meisterhaft Menschen und Dinge. Babel ist aber nicht nur Dichter, er ist auch ein strammer Partei-Kommunist. Seine Bemerkung über Ebert und Noske ist objektiv eine glatte Gesichtsfälschung.

Dreißig neue Erzähler des neuen Rußland. Malik-Verlag AG., Berlin W 50. In Ganzleinen gebunden 3,75 Mk. — In diesem Buche kommen u. a. zu Worte: Sergej Semjonow, Ilja Ehrenburg, Isaak Babel, Alexej Tolstoj, Anna Karawajewa, Fjodor Gladkow. Die 30 Erzählungen sind nicht alle gleich gut, aber

alle gewähren einen Einblick in das Denken und Fühlen des kommunistisch gesinnten Teils des heutigen Rußlands.

Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung. Von S. A u f h a u s e r. Freier Volksverlag G. m. b. H., Berlin NW 40, Werftstraße 7. Preis 35 Pf., Organisationspreis 20 Pf. — Das Schriftchen gibt den Vortrag wieder, den Aufhäuser auf dem 4. AIA-Gewerkschaftskongress 1931 in Leipzig gehalten hat.

Spaltung oder Aktivität? Von A. G u r l a n d und K. L a u m a n n. Schriftenreihe „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. Preis 40 Pf. — Die Verfasser wenden sich sehr entschieden gegen die Spaltung der SPD., wie sie von der Rosenfeld-Soydewitz-Gruppe geplant ist. Andererseits haben sie an der Organisation und der Politik der SPD. manches anzusetzen.

Unfallverhütungs-Kalender 1932 (Wahr-Schau-Kalender). Der vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften herausgegebene Kalender ist ein ansprechendes Blickein, das den Zweck verfolgt, das Interesse der Arbeiter für die Unfallverhütung wachzuhalten. Der Preis des 64 Seiten starken reichillustrierten Heftes ist 15 Pf. Der Kalender soll nach der Absicht der Herausgeber von den Unternehmern unentgeltlich verteilt werden. Größere Bestellungen werden zu ermäßigtem Preis ausgeführt. Anfragen sind zu richten an die zuständige Berufsgenossenschaft oder an den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Strasse 37.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser Berlin Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Die guten GEG-ZIGARREN und ZIGARILLOS. immer genußreich, billig, gehaltvoll, aromatisch. Nur wirkliche Qualität! In Deinem Konsumverein zu haben.

Bücherbestellungen für das kommende Fest

rechtzeitig anzugeben. Wer jetzt noch Bücher schenken kann, sollte sie von der Verbandsbuchhandlung beziehen. Alle Ortsverwaltungen vermitteln eure Bestellungen. Die Zusendung erfolgt an die Ortsverwaltungen porto- und verpackungsfrei durch die Verlagsanstalt des Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin, Am Kölln. Park 2

Tischler-Fachschule Köthen

Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. - Prospekt gegen Rückporto

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)

Deutsch-Kommunistischer Fortbildungsausschuss. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinopraktikum für Serientertig. Privatleitung: Dir. Ludw. Knechtig.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7

Leim- u. Furnieröfen

v. 44. - Mk. an franko. Preisl. kostenl. Gebr. Beitzinger, Freiburg i. B.

Hobelbänke 60 RM

2 m lge, kompl. Stahlspl., in Qualität. Blatt beste ged. Koth. Preisl. gratis. Karlsruh. Pirmas. Artilleriekaserne

Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mark

2 m mittlere Blattlänge, Stahlsplindeln Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Sportschlitzen-Kufen

schneebest., starke prima Ausführung. 100 120 140 160 200 cm. 1.50 1.80 2.20 2.50 4.- Mk. pro Paar. Kufenlänge, 145 cm Schrittlänge. 5.- Mk. Schneeschuhe aus pa. Gebirgsleder. Preise auf Anfrage. Aufschraubbindungen (versetzb.) kompl. 7.50 Mk. Hühnerfedernbindungen kompl. 5.- Wichtiges! Sendes nehme ich zurück.

M. WALTHER

Breslau 23 / Bebelstr. 53 Hygienisch. Artikel Preisliste 6 gratis. Berlin SW 68, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200.

Gummwaren „Medicus“

100% schwingend, echt rot, federnd, Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachr. -Vers. BETTENFABRIK R. FÖLLER Kassel Nr. 33 / Würststr. 7

BETTEN

100% schwingend, echt rot, federnd, Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachr. -Vers. BETTENFABRIK R. FÖLLER Kassel Nr. 33 / Würststr. 7

Beste Qualität Bettfedern

Beste Qualität Bettfedern, Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachr. -Vers. BETTENFABRIK R. FÖLLER Kassel Nr. 33 / Würststr. 7

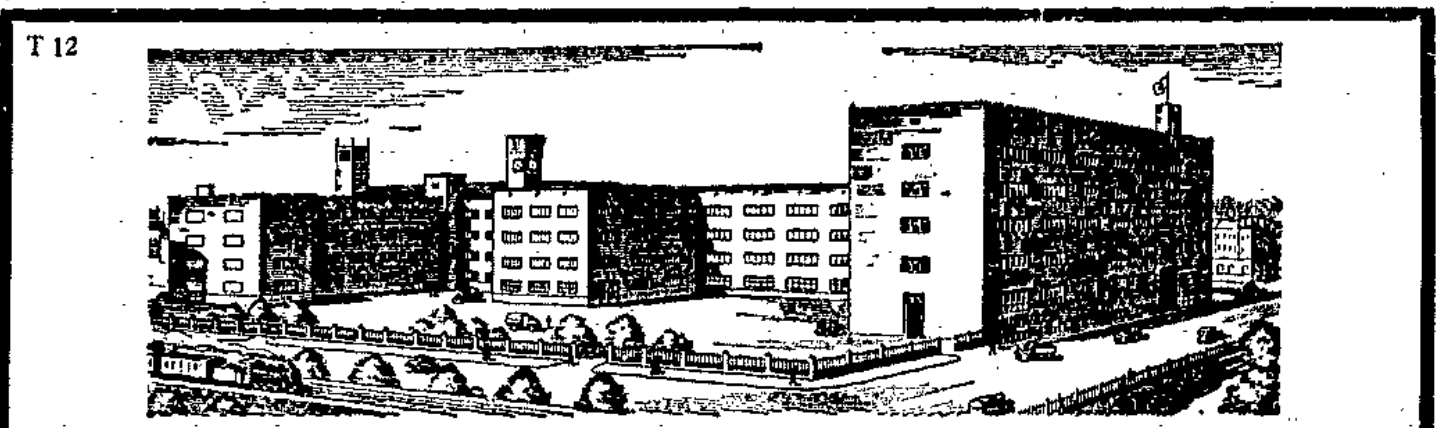
Geschenke billig Weihnachts-Katalog gratis Sigurd Gesellschaft Kassel 15

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbstbau, in Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark

10 Liter ganz vorzüglichen Fruchtwein für nur Mk. 5,30

Schenkt Korbmöbel Niedrigste Preise, direkt ab Fabrik

Diese grosse Puppe beste Qualität, 68 cm gross, unzerbrechlich



Josef Witt, Weiden 392 (Obpf.) Europas grösster Webwarenversand der Art, mit eigenen Webwarenfabriken!

2800 Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben! Stoffe um die ganze Welt!

Die gewebten Stoffe, welche ich im letzten Jahre an meine Kunden geliefert habe, reichen in der Länge nachweislich um die ganze Welt. Weil alles staunt über die niedrigen Preise, deshalb vergrößert sich mein Versand so ungeheuer! 1 Million Nachbestellungen von meinen alten Kunden habe ich schon in diesem Jahre erhalten!

Heute ein ungeheuer günstiges Weihnachtsangebot! Überlassen Sie die kolossalen Vorteile nicht nur Anderen, sondern bestellen Sie sofort! Ich erwarte Ihre Bestellung. — Riesige Mengen Waren, welche ich ungeheuer niedrig erwerben konnte, werden wieder riesig billig abgegeben. — Versand direkt an die Verbraucher.

Table with 3 columns: Nr., Name of product, Price (Mk. Pf.). Includes items like Vorhangstoff, Baumwollgewebe, Frauen-Schluphosen, etc.

Ferner Abgabe bis 12 Meter weisses Hemdentuch, gute, besonders solide, mittelstarke Qualität

Bei Bestellung von 15,- Mk. an erhalten Sie auf diese Preise ausserdem noch 5 Prozent Rabatt.

Jede Bestellung wird in drei Tagen erledigt.

Meine Garantie: Jeder Artikel, welcher trotz der Billigkeit und Güte nicht entsprechen sollte, wird anstandslos zurückgenommen

Josef Witt, Weiden 392 (Oberpfalz). Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand